

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 5009. Postcheckkonto Berlin, Nr. RM 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 81 A

BERLIN • Donnerstag, den 7. April 1932

1. JAHRGANG

Alarmstufe C.

NS. organisieren den Putsch. / Die Arbeiter schlafen.

SEVERING hat seinen Bericht über die Resultate der Haus-suchungen bei den NS herausgegeben. Das Material liefert einen erdrückenden Beweis dafür, daß hier eine ausgezeichnete organisatorische Vorbereitung für eine gewaltsame Machtorgreifung getroffen worden ist. Die mitgeteilten Einzelheiten runden sich zu einem Bild, das deutlich erkennen läßt: hier arbeitet ein fähiger Stab von geschulten Offizieren und Organisatoren aus der ehemaligen Armee. An Einzelheiten über diese Organisation des Bürgerkrieges sei aus SEVERINGS Bericht hier folgendes mitgeteilt:

Zur Erkundung des Gegners und zur Befehlsübermittlung
Innerhalb der eignen Organisation dient ein Nachrichtendienst, der mit modernen technischen Mitteln arbeitet: mit Brief-tauben, Blinkverbindungen, Relaisdienst über das ganze Reich; die Einrichtung eines Funkverkehrs mit Kurzwellensendern ist mindestens geplant.

Die Gegenstände der Erkundungstätigkeit sind in Unter-abteilungen gegliedert, über die fortlaufend durch den Nach-richtendienst berichtet wird; solche Unterabteilungen sind zum Beispiel: „Information über den Gegner KPD“, „Infor-mation über den Gegner System“. Zur Erkundung des „Geg-ners System“ gehört besonders die Beschaffung genauer Auf-stellungen über Stärke, Gliederung und Bewaffnung von Polizei und Reichswehr (Spitzelberichter). Eine Liste „melde-pflichtiger Gegenstände“ enthält unter anderem folgende: Bahnschutzpanzerzüge, Bahnfunkanlagen, Postfernleitungen, Postfunkanlagen, Flughäfen, Flußübergänge, politische Par- teien aller Art, Kampfverbände, Kurierdienst aller Arten der Partei, Gegnerpersönlichkeiten und -Führer, Zeitungsleute der Gegnerpresse, private Überwachung, Waffentransporte, Übungen der Gegner, Telegraphen-Fernsprechanlagen, Radiostationen, politische Einstellung der bedienenden Per- sonen, Flughäfen, Zahl der Maschinen, Einstellung der Flieger und des Hafenpersonals, Versuch, an die Bedienenden her- anzukommen, besondere Aufmerksamkeit für das Postwesen, Bahnschutz.

In Berlin sind Skizzen über die Lagerung von „Bahn- schutzwaffen“ auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs gefunden worden.

Mit der Erkundung des Gegners eng verbunden wird die Zersetzung von Reichswehr und Polizei

betrieben. In der Berliner Schupo wurde z. B. ein Flugblatt verbreitet, in dem es heißt: „Kein Gummiknüppel darf einem Nationalsozialisten treffen! Kein Pistolenschuß gegen die für uns mitkämpfende SA!“ Unterschrift: „Die nationalsozialisti- schen Polizeibeamten Berlins.“

Militärische und technische Ausrüstung der NS-Armee.

Hierin gehört der am 12. März im Kreise Einbeck ent- deckte Transport von Militärwaffen; hierin gehört die Auf- findung eines schweren Maschinengewehrs und von Infanterie- gewehren mit Munition bei dem NS Kreisleiter in Salzwedel am 13. März — ganz abgesehen von der täglichen Auffindung von Handfeuerwaffen bei NS. Es bestehen genaue Aufstel- lungen über die im Waffendienst ausgebildeten SA-Leute; wir erfahren von einer Aufnahme des Bestandes an Feld- küchen und von der Aufstellung von Pioniertruppen.

Vorbereitung der Mobilmachung.

Drei Alarmstufen sind angeordnet: Alarmstufe A: er- höhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle ab- warten; Alarmstufe B: Zusammenziehen der Truppen; Alarm- stufe C: Mobilmachung, volles Gepäck, verdeckt mitgeführter Dienstanzug, eiserne Rationen, Verpflegung für drei Tage.

Die Anordnungen für den

„Dienst am Wahltag“ (13. März)

tragen Merkmale der Alarmstufe C: verpackter Dienstanzug, eiserne Rationen, Verpflegung für zwei Tage. Daß man für diesen Tag die Mobilmachung vorbereitet hätte, zeigt auch ein Befehl, in dem ausdrücklich gesagt ist, man müsse mit dem Einsatz der SA anlässlich der Präsidentenwahl rechnen. Auch waren Vorbereitungen für Massenquartiere getroffen.

Vorbereitet sind auch die

Maßnahmen nach dem Putsch.

Es existieren ins einzelne gehende Fragebogen über öffent- liche Behörden und lebenswichtige Betriebe. Für Wiesbaden

ist ein Plan gefunden worden, in dem die Beamten und An- gestellten bezeichnet waren, die „entfernt“ werden sollten. Als Waffe gegen einen Abwehrstreik der Arbeiterschaft sollten Wasserleitungen abgestellt oder durch Zusatz von Anilinfarben unbrauchbar gemacht werden.

Soviel über das von SEVERING bekanntgegebene Material. So etwas sollte gegen eine Arbeiterpartei vorliegen, etwa gegen die KPD! Die schärfsten Maßnahmen der Regierung, die brutalsten Strafen des vierten Strafsenats beim Reichs- gericht wären sicher. Es ist gut, daß SEVERING dieses Mate- rial beschafft und veröffentlicht hat. Auch auf das Reichs- gericht ist damit ein Druck ausgeübt. Denn die Öffentlich- keit weiß, mit welchen Strafen Kommunisten für geringere Vergehen bestraft worden sind.

Juristisch sind alle Voraussetzungen für eine sofortige Verhaftung HITLERS und seines ganzen Führerstabes gegeben. Hat aber die Regierung, nachdem sie es soweit hat kommen lassen, noch die Macht zu einem derartigen Zugriff? Ja; es kommt nur darauf an, mit den Verhaftungen im Funktionär- körper weit genug nach unten zu gehen, um die Gefahr eines NS-Aufstandes zu parieren. Ein solcher Schlag ist also möglich. Wir fordern die sofortige Verhaftung des entscheidenden Führerstabes der NS. Gegenüber der KPD wäre mit einer solchen Verhaftung mit Sicherheit zu rechnen, wenn gegen sie derartig belastendes Material vorläge.

Aber freilich: wir leben unter einer Klassenregierung und unter einer Klassenjustiz; der Herr Oberreichsanwalt soll sich abschließend über die Boxheimer Verbrecher noch immer äußern. Wichtiger ist es deswegen, daß die Arbeiterschaft sich mit allem Ernst auf ihre Aufgabe besinnt; denn nur sie selber wird sich gegen die drohende Gefahr schützen. Fragen wir nüchtern: was ist auf Seiten der Arbeiterschaft vorbereitet gegen eine so organisierte Macht? Die Kampfkraft der Ge- werkschaften ist derartig geschwächt, daß sie schon auf ihrem Spezialgebiet, dem Lohnkampf, in einem fort nachgeben. Das Theater der HINDENBURG-Front, der sozialdemokratische Propagandarummel der „Eisernen Front“ können gegenüber dem, was SEVERING hier an organisierter Macht bei den NS enthüllt, nur als dilettantische Stümperei bezeichnet werden. Und die KPD? „Die SPD ist der größte Feind!“ heißt es — wenn man bei der KP-Leitung nicht gar mit Schlimmerem rechnen muß; mit der Spekulation auf ein NS Regiment, das die Situation für die kommunistische Revolution vorbereiten soll.

Die Situation ist also äußerst ernst.

Vor Vertretern der Presse hat SEVERING am Dienstag zu dem Ergebnis seiner Aktion gesprochen. Er hat dabei einige Daten über das Zustandekommen seiner Aktion mitgeteilt: Am 8. März schrieb GROENER den warnenden Brief; der war am 9. März im preussischen Innenministerium und kam am 10. März zur Kenntnis SEVERINGS. Der veranlaßte gleich eine Unterredung mit GROENER, die am 11. März stattfand. In dieser Unterredung äußerte SEVERING sich beruhigend („kaltes Blut und ruhige Nerven behalten“). Man solle der Panikstimmung entgegenzutreten. Das tat SEVERING, indem er am gleichen Tage an alle Polizeiverwaltungen das Ersuchen richtete, dem Gerücht entgegenzutreten, daß die NS einen Putsch planten. Nach dem Wahltag kamen dann von den Re- gierungspräsidenten, von Schleswig, Hildesheim, Magdeburg und aus einigen anderen Bezirken Meldungen über die Fest- stellung bewaffneter Truppen von Nationalsozialisten. Diese Mitteilungen veranlaßten SEVERING, die Haussuchungen anzu- ordnen.

Es mag richtig gewesen sein, zunächst die Panikstimmung zu bekämpfen. Aber jetzt wird es höchste Zeit, der Panik- ursache zu Leibe zu gehen.

SEVERINGS Bemühungen, auf weniger energische Instanzen einen Druck auszuüben, sind unverkennbar: An die Adresse des Oberreichsanwalts war die Bemerkung gerichtet, nach seiner (SEVERINGS) Auffassung werde der Oberreichsanwalt das Strafverfahren einleiten. An die Adresse GROENERS die Bemerkung: der Reichsinnenminister lege Wert auf Beschlei- nigung der Untersuchung. An die Adresse seiner Kollegen richtete SEVERING die Bemerkung: In der Beurteilung des Materials sind sich die Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen — am nur diese zu nennen — völlig einig, und sie sind durchaus geneigt, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

AUS DEM INHALT:

Es gärt unter den dänischen Bauern.
Die Morde von rechts und links.
Politik in Bremen.
Gewissensnot.
Die Arbeiter auf dem Plan.
Ivar Kreuzer als Bilanzfälscher.

Die Nacht der Solidarität.

Denkwürdige Gewerkschaftsversammlung.

R. B. Paris, 30. März.

Elf Uhr nachts in Paris. Vor einem der großen Versammlungssäle stehen Hunderte von Autobus-Fah- rern, Kontrolleuren, Straßenbahnern und Straßenbahn- rinnen. Heute abend findet die General-Versammlung der Gewerkschaft der Verkehrsarbeiter statt. Sie findet in der Nacht statt, damit möglichst viele Genossen daran teilnehmen können.

In den Saal kann man noch nicht hineingehen; dort sprechen bürgerliche Intellektuelle über ein Buch, das alle blasierten Gemüter der Pariser Gesellschaft aufregt wegen der darin enthaltenen reichlich starken Liebes- szenen. Von Ekel erfüllt, lief ich aus der Versammlung weg. Draußen fand ich die Verkehrsarbeiter, die in kleinen Gruppen diskutierten; sie standen da so ruhig und kräftig — es wirkte wohlthuend nach dem wichti- gerischen und sensationsgierigen Geschwätz der Ver- sammlung im Saal.

Ich kam mit einigen Genossen ins Gespräch. Thema: Die Wiederherstellung der Einheit in der Gewerkschaft. Es war einer der Hauptpunkte der Tagesordnung für die Versammlung.

Wie fast überall in Frankreich gibt es auch in dieser Branche zwei feindliche Gewerkschaftsrichtungen, die dem ADGB und der RGO entsprechen. Aber es war etwas geschehen: Viele nachdenkliche und an der Ge- werkschaftsarbeit ernsthaft interessierte kommunistische Kollegen waren der kommunistischen Gewerkschafts- taktik überdrüssig geworden. Nach aufreißenden Ver- suchen, diese Taktik in ein besseres Fahrwasser zu len- ken, waren diese Arbeiter nun entschlossen, in ganzen Gruppen zur alten Gewerkschaft zurückzukehren. An diesem Abend sollten die Kollegen allesamt wieder auf- genommen werden. Die Kollegen, mit denen ich sprach, strahlten: „Denke nur, mindestens 500 sind herüber- gekommen; das macht gleich gute Stimmung in den Be- trieben, sodaß viele Unorganisierte sich auch aufnehmen lassen. Wir werden stark. So müssen wir weiter arbeiten.“

Wir kamen auf die Frage der Parteipolitik inner- halb der Gewerkschaften zu sprechen. „Biß nicht das“, sagte einer, „wer damit anfängt, den bringen wir gleich zum Schweigen. In der Gewerkschaft sind wir dazu da, unseren Lohn zu verteidigen. Wenn wir es anders machen, dann erleben wir dasselbe, was wir in der radi- kalen Gewerkschaft zur Genüge gesehen haben.“

Wir konnten das Gespräch nicht zu Ende führen. Wie werden sich die Genossen stellen zu den politischen Aufgaben der Gewerkschafts-Kollegen? Werden sie diese Aufgaben mit der parteipolitischen Verhetzung zu- gleich begraben?

Endlich waren die letzten Autobusse im Stall. Die Versammlung konnte beginnen. Viele sahen übermüdet aus, aber trotzdem war die Aufmerksamkeit bewunderns- wert. Manche Kolleginnen strickten ruhig.

Zunächst stand eine Frage der Solidarität zur De- batte. Als die Wirtschaftskrise sich in Frankreich be- merkbar machte, entschlossen sich viele Unternehmer, junge Arbeiter und Frauen zu entlassen. Was tat die Gewerkschaft? Sie wollte nicht, daß die jungen Kollegen und die Kolleginnen aufs Pflaster geworfen würden. Die Arbeiter, die noch Arbeit hatten, schlugen vor, nur 7½ Stunden am Tag zu arbeiten. Im Sommer, wenn der Ver-

kehr wieder stärker wird, wurden sie dann länger arbeiten und den jetzigen Verlust einholen. Die Gewerkschaft stimmte zu; die Sache wurde von der Verkehrsgesellschaft angenommen; niemand sollte entlassen werden. Es war schön, wie der Sekretär der Gewerkschaft diese Aktion gegen einige Kollegen verteidigte, die gegen die Maßnahme protestierten. Der ganze Saal klatschte ihm Beifall. Ein Jungarbeiter, der neben mir saß, war glücklich. Er hätte ohne die Gewerkschaftshilfe vor der Entlassung gestanden. Nach der Versammlung sagte er zu mir: „Das war gut; das war ein Zeichen dafür, daß wir kräftig sind.“ Er kam aus der reaktionären Bretagne, der Sohn eines Bauern, der nach Paris gekommen war, weil es in seiner Heimat kein Land gab, das er hätte erwerben können. Dieser Abend war sein erstes großes Erlebnis proletarischer Solidarität. Der erste Schritt war getan, aus dem Bauernjungen einen Klassenkämpfer zu machen.

Dann sprach ein Autobusführer. Er fing an, über die „Humanität“ (die kommunistische Zeitung) zu schimpfen: „Sie lügt ja immer...“ Da plötzlich ein Zwischenruf: „Zum Donnerwetter, laß das. Das geht gegen die Wiederherstellung der Einheit!“ Der ganze Saal war auf der Seite des Zwischenrufers. Der Kollege mußte von der Tribüne herunter.

Die Kollegen warteten mit der größten Spannung auf die Rede, in der auf den Uebertritt der Genossen zur CGT eingegangen werden sollte. Endlich kam die Rede. Der Sprecher war ein junger Kerl. Er sprach nur über das Eine, was uns alle bewegte, die Einheit. Man spürte in ihm die revolutionäre Kraft, die wir auch in den Reihen so vieler Kommunisten finden. Aber er sprach beherrscht und wie einer, der überlegt. Er warnte die CGT, sich auf das Internationale Arbeitsamt in Genf zu verlassen. Er dachte dabei wohl an die Politik von JOUHAUX, des Generalsekretärs der CGT, der zu oft in Genf ist und zu oft reformistische Politik treibt. Der ganze Saal klatschte. Keine Schimpfkanonade mit Worten wie Bonze, Verräter, Sozialfaschist. Trotz der scharfen Kritik war die Atmosphäre gut, ein Beispiel sicherer und revolutionärer Gewerkschaftsarbeit. Der Redner betonte zum Schluß noch eine Bedingung gewerkschaftlichen Erfolges: Selbständigkeit gegenüber politischen Parteien. Der ganze Saal klatschte wieder.

Als nach ihm der offizielle Vertreter der CGT, ein Kollege von JOUHAUX, sprach, hatte er nicht das Ohr der Versammlung; er hörte dann auf, die Politik von JOUHAUX zu verteidigen. Die Versammlung wurde geschlossen mit dem Refrain der Internationale. Es war mittlerweile sechs Uhr morgens geworden. Viele mußten gleich mit der Arbeit anfangen. Schwere Wagen standen schon draußen und nahmen die Kollegen gleich mit.

Ich ging zu Fuß nach Haus mit dem Bauernsohn aus der Bretagne. Es wurde langsam hell. Die herrlichen Boulevards waren noch ganz ruhig. Der Kollege sagte mir immer wieder: „Was für eine schöne Versammlung!“

Diese Bewegung der Verschmelzung der unzufriedenen Gruppen der kommunistischen Gewerkschaften mit der alten CGT kann eine große Bedeutung für die französische Gewerkschaftsbewegung gewinnen. Gestern sind die Staatseisenbahner zurückgekehrt, heute die Verkehrsarbeiter von Paris; morgen werden andere folgen. Die Arbeiter, die jetzt zur CGT zurückkehren, bringen eine revolutionäre Tradition mit als sie in der CGT herrscht; sie haben etwas gelernt; denn sie wissen, warum die kommunistischen Gewerkschaften kaputt gegangen sind. Sie können helfen, der Neigung vieler mit aller Kraft entgegenzuwirken, die die Gewerkschaftspolitik der französischen sozialdemokratischen Partei unterwerfen wollen.

Die Mörder.

Eine sachliche Darlegung über die NS.

Hk. Welche abscheuliche Gefahr ein so glänzend organisierter Machtapparat, wie SEVERING ihn enthüllt hat, in den Händen der NS darstellt, das zeigen die Taten dieser Organisation. Ein Leser hat uns vorgeworfen, wir — sonst so sachlich — würden in unserem Kampf gegen die NS unsachlich, täten sie z. B. als Mordorganisation ab. Diesem Vorwurf gegenüber stellen wir folgende Tatsachen fest:

1. An führender Stelle der NSDAP stehen Mörder. Mörder ist z. B. der Reichstagsabgeordnete HEINES. Wir erinnern an einige Mitteilungen, die vor einigen Wochen der Staatspartei WEBER im Reichstag gemacht hat:

„Im Jahre 1920 ist ein Landarbeiter, dem fälschlicher Weise unterlegt war, er beabsichtige, einen Waffentransport an die preußische Polizei zu verraten, hingerichtet worden, indem ihm der Täter die Pistole ins Gesicht preßte und zweimal losdrückte... Der Täter ist heute wieder Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und Reichstagsfraktion.“

2. Solche „Führer“ putschen die Pg's zu ähnlichen Taten auf. Ein Beispiel: Im April 1930 hörte ich HEINES in einer Massenversammlung im Zirkus Krone in München zu Lichtbildern aus den Tagen der Münchener Räterepublik sprechen. In aufreizender, schauspielerisch sehr wirkungsvoller Weise schrie er mit heiserer Stimme zu den einzelnen Bildern: „Hier die schöne (höhnlich, in langgezogenem Ton) ROSA LUXEMBURG, sie wurde von der empörten Menge gelyncht!“ Tobender, laßerfüllter Beifall! „Hier KURT EISNER...“ u. s. w., und jedesmal tobte die entmenschte Menge der Tausende, wenn HEINES mit Hohn oder Haß brüllte, wie diese Opfer „bestraft“ worden seien.

3. Um die Folgen solcher Propaganda deutlich zu machen, geben wir dem mutigen Vorkämpfer der Wahrheit über den politischen Mord, E. J. GUMBEL, das Wort. Seiner Broschüre „Laßt Köpfe rollen. Faschistische Morde 1924—1931“ (Flugschrift der Deutschen Liga für Menschenrechte, Preis 10 Pf.) entnehmen wir folgende

Chronik der NS-Morde im ersten Vierteljahr 1931.

„6. Januar 1931: In Buerdissen... wurde der Arbeiter REINICKE auf dem Nachhauseweg von drei NS überfallen und totgeschossen.“

„18. Januar 1931: In Rewahl... kommt es... zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und NS. Der Bauer G. SCHWARZ ersticht den Arbeiter WILLI LAABS...“

„21. Januar 1931: In... Köln-Sülz werden Kommunisten auf der Straße von vorübergehenden NS angerempelt. Die Kommunisten wehren sich. Der Führer der NS gibt den Befehl: Feuer! Der Monteur WILHELM HÖSCHEL wird durch einen Herzschuß getötet.“

„24. Januar 1931: In Stralsund dringen NS in ein kommunistisches Lokal ein. Bei der Schlägerei wird der kommunistische Arbeiter DEMBLOW durch mehrere Dolchstöße verletzt; er stirbt...“

„25. Januar 1931: In Grebenstein... kommt es zu einem Kampf zwischen NS und Kommunisten. Der jugendliche Kommunist MORNSON wird durch ein Fenster auf die Straße geworfen und stirbt am 17. März an seinen Verletzungen.“

29. Januar 1931: Fünf kommunistische Arbeiter, darunter MAX SCHIRMER... gingen nachts auf dem Heimweg... in das Lokal REISIG, Hebbelstraße 20, Charlottenburg. Die vorderen Räume waren leer. Aus dem Nebenzimmer kamen NS... Sie erkennen SCHIRMER an einem Abzeichen als Kommunisten: „Ihr frechen Schweine wollt wohl hier spionieren!“ Schlägerei. SCHIRMER, der sich vor der Ueberzahl durch die Tür ins Freie zwängt, erhält drei Messerstiche. Als ein hinzukommender Schupo den Verletzten in ein Auto gesetzt hatte, riß der NS KARL KLEMP die Wagentür auf und schlug auf SCHIRMER ein. Dieser sprang heraus, während seine Verfolger riefen: „Nun rennt er weg, das Schwein markiert bloß!“ Nach wenigen Schritten brach SCHIRMER zusammen, im Krankenhaus starb er.“

„31. Januar 1931: In der gleichen Hebbelstraße... kam es zwei Tage später zu schweren Zusammenstößen zwischen

Kommunisten und NS. Beteiligt sind wieder KONRAD DOMNING, FOYER (Angeklagte in dem Prozeß wegen der vorigen Schlägerei. Hk.) und der Bankbeamte HAHN (SA-Führer der Angeklagten. Hk.). Der 24jährige Arbeiter OTTO GRÜNBURG starb an einem Herzschuß...“

„23. Februar 1931: In Zittau veranstalteten die NS einen Fackelzug... Als 200 NS am Gebäude der Volksbuchhandlung vorbeikamen, wurden sie von Kommunisten mit Schneebällen beworfen und schlugen darauf mit brennenden Fackeln auf das Publikum ein. Der am Schneeballwerfen unbeteiligte „Reichsbanner“-Mann EMIL KALBASS erhielt zunächst Schläge mit der brennenden Fackel. Gleichzeitig erfolgten zwei Schüsse aus den Reihen der marschierenden NS. EMIL KALBASS erhielt einen tödlichen Brustschuß...“

„11. März 1931: Der 27jährige Posthelfer GEORG KUNTZE, ... Ordonnanz des Standartenführers II der NSDAP, führte sich ständig von Kommunisten verfolgt. Auf dem Weg zu seinem Versammlungslokal stieß er in... Schöneberg auf angebliche Kommunisten, glaubt sich verfolgt, angegriffen, und schießt auf den 16jährigen... NATHAN. NATHAN starb...“

„14. März 1931: Am 14. März fand in Zöllenspieker eine kommunistische Besprechung statt, in welcher das Verhalten gegenüber einer geplanten nationalsozialistischen Kundgebung festgelegt werden sollte... Als der kommunistische Hamburger Abgeordnete ERNST HENNING zusammen mit dem Verleger CAHNBLEY nachts um 12.40 Uhr in einem Autobus nach Hamburg zurückfuhr, bestiegen in Fünfhausen drei NS... den Wagen, zogen Revolver und befahlen: Hände hoch! Sie fragten, wer der Abgeordnete ANDRE sei. Als HENNING seinen Namen nannte, sagten sie: „Dich suchen wir gerade“ und gaben 15 Schüsse auf die Fahrgäste ab. HENNING war sofort tot... Die Täter verständigten sich noch: „sind sie auch wirklich tot?“ und entflohen... HITLER erklärte, daß er aus Mitleid mit den verirrten Parteigenossen die Prozeßkosten aus „Eigenem“ tragen werde...“

„25. März 1931: In Ahlen... wurde der Kommunist GRUBER von einem NS von hinten erschossen.“

Ergebnis: alle 9 Tage ein nationalsozialistischer Mord. Der vorstehende Auszug umfaßt nicht die sehr viel zahlreicheren Fälle der Verletzungen.

Mögen heute an den politischen Schlägereien auch die Kommunisten beteiligt sein — die Einführung des Mordes als politisches Kampfmittel in Deutschland kommt auf das Konto der Rechtsradikalen. Das ist überwältigend eindringlich bewiesen in GUMBEL'S erster Schrift über politische Morde: „Zwei Jahre Mord.“ Wir entnehmen ihr folgende Tabelle:

	Politische Morde in den Jahren 1919 und 1920	
	begangen von	
	Linke	Rechte
gesühnt	13	—
teilweise gesühnt	1	22
ungesühnt	—	298
Gesamtzahl der Morde	14	319
Zahl der Verurteilungen	39	—
Dauer der Einsperrungen		
pro Mord	16 Jahre	2 Monate
Zahl der Hinrichtungen	8	—

Insgesamt kommt in den Jahren 1919 und 1920 beinahe auf jeden zweiten Tag ein ungesühnter politischer Mord vor rechts.

An der Sachlichkeit ernsthaft interessierte Leser müssen die Bücher von GUMBEL studieren, ehe sie mit uns darüber streiten, ob wir die NS sachlich oder unsachlich behandeln.

Ueber die Anregung unseres an der Sachlichkeit interessierten Lesers, „zu verstehen und zu klären, was 12 Millionen bei der ‚Mordorganisation‘ hält“, vielleicht ein ander Mal.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(80. Fortsetzung.)

Er stöhnt in die Fäuste. Stolztes Volk, das hinstirbt. Kein Titan wäre imstande, den Vulkan jetzt wieder zuzuschütten. Gesetz und Ordnung sind lächerliche Phantome geworden. Die Grauen, unter denen sich jetzt Paris windet, durchleidet im Augenblick auch Lyon. Der Gouverneur von Lyon telephoniert soeben mit zerbrochener Stimme: Giftbombe auf Giftbombe saust dort unten im Süden auf das Tal der Rhone. Die Luftabwehr scheint jämmerlich zu versagen. Mit Marseille ist überhaupt keine Verbindung zu bekommen. Die Flugwachenstationen bei Orléans und Troyes haben vor drei Minuten starke italienische Angriffsgruppen gemeldet. Ueberall hat der Oegner die Luftbarrieren durchbrochen. Oben in der Dunkelheit der Luft sind keine fortlaufenden Schützengräben und Forts aufzumauern! An einem Punkt muß der Angreifer immer stärker sein als die Abwehr.

Und drüben, jenseits der Alpen, ist ein andres edles Volk in Auflösung. Rom, Mailand, Florenz... alle erleiden jetzt das gleiche Gorgatha. Nacht des Grauens. Nacht menschlicher Untaten! Menschlicher Selbsterniedrigung! Auf wessen Gewissen türmt sich die Schuld... Der Generalstreik, der dem Aufbruch das Tor sperrangelweit öffnete? Berechtigte Notwehr getretener Völker! Das Hetzmanifest der Landrux? Die Folge jahrhundertalten und natürlichen Hasses! Trotzdem, diese rothaarige Kanaille! Aber hatte Capponi nicht längst das Spiel gemischt? Mußte er nicht den letzten Trumpf hinwerfen, weil er wußte, daß Léon Brandt jeden Friedensbrecher zu Tode hetzen würde? Ah — dieser Römer! Jetzt hetzte er sich selbst in den Untergang! Ja, Untergang... — Brandts Faust schlägt bekräftigend auf den Tisch.

Die Telephonglocke rasselt. „Flughafen Le Bourget!“ Die Stimme Laroques tönt in Brandts Ohr. „Wir starten

jetzt. Meine Jagdstaffel ist auf Troyes angesetzt. Proutant ist auch dabei. Du fehlst als dritter Kampfgenosse! Ich mußte vorher noch einmal deine Stimme hören, lieber Brandt...“

Die Worte gurgeln Brandt tief in der Kehle. „Lebt wohl, Freunde... Gut habt ihr's... gut... lebt wohl...“ Er hängt hastig ab, sieht schwankend auf.

Ja, gut haben sie's, Laroque und Proutant —! Sie werden nicht zurückkehren. Die beiden kennen keine Kapitulation. Wie zwei Adler werden sie dem Feind ins Genick fahren... irgendwo werden sie mit zerschmetterten Gliedern ihre Seelen aushauchen... Und er, Léon Brandt, alter Kampflieger, ist gefesselt an diese verfluchte Erde... Flucht! Flucht aus diesem dreimal verfluchten Leben...!

Er starrt zur Tür, die sich langsam öffnet. Im Schein der drei Wachkerzen, die mit steilen Flammen im Tischleuchter brennen, kommt Germaine auf ihn zu. Ihre Gestalt wirft einen Riesenschatten an die Wand. Germaine... die seit zwei Stunden nebenan gesessen und Totenwacht hielt beim stummen Brouq...!

„Alle Beamten scheinen aus dem Ministerium zu flüchten... draußen im Gang stehen nur noch einzelne Posten... Wollen Sie allein hierbleiben, Brandt? Ich habe im Nebenzimmer Ihre Telephongespräche gehört...“

Er faßt nach ihren Händen. „Was wollen Sie hier, Germaine... Sie haben keine Gasmaske... hier, nehmen Sie meine Maske... In einer halben Stunde kann der feindliche Luftangriff erfolgen...“

„Mein Leben ist nicht wichtig! Aber Sie werden gebraucht! Nie war Ihr Leben wichtiger als jetzt. Der Luftangriff wird abgeschlagen werden, ich habe keine Furcht. Morgen ist das Schlimmste überstanden. Wer soll den Mord beenden wenn nicht Sie! Lassen Sie mich hierbleiben, ich käme ja in dem Chaos nicht drei Schritte weit...“

Brandt hat gequälte Tieraugen. „Niemand hilft, Germaine! Ich auch nicht... Vierzig Millionen Franzosen irren durchs Land. Kannst du mit inneren Augen sehen? Siehst du die Hunderttausenden, die Millionen, die jetzt wie gepelzte Kreaturen ziellos durch Frankreich geistern, aus Savoyen, aus der Provence und der Dauphiné, aus dem Languedoc! Die Bourgogne und Auvergne speien ihre todgeweihten Massen aus

Städten und Dörfern! Volk auf der Flucht! Hörst du das Todesröcheln in Paris? Zehn Bomben in diesen irrsinnig gewordenen Klumpen von Menschenfleisch! Anarchie! Morgen ist Frankreich Ruine und Wildnis! Hunger und mordend stürzen sich die Bestien morgen aufeinander. Wer soll da helfen! Das geht über Menschenkraft. Morgen beginnt der Krieg aller gegen alle! In Polen eind um Mitternacht russische Divisionen einmarschieren, übermorgen reicht ihre Herrschaft bis zur deutschen Grenze! Heute nacht wird man Capponi erschlagen. Die Anarchie wird Italien und Oesterreich zerschlagen. Und ich soll in Frankreich um die Herrschaft des Geistes kämpfen? Germaine, der Geist Europas ist gemeinhalt! Das Tier triumphiert! Morgen wird man über mich herfallen wie über einen bösen Hund. Hab ich nicht mit glühenden Worten Frieden versprochen, aber vor zwei Stunden gab ich Befehl, daß die Regimenter in ihren Viehwagen weiterrollen zur Grenze! Ich hab den Krieg nicht gemacht, ich hab ihn bis zum Weißbluten bekämpft, und jetzt muß ich ihn selbst führen, diesen gottverfluchten Mord der Menschentiere! Gab es je in der Weltgeschichte schamloseren Hohn!...“

Das Surren zahlreicher Propeller überdröhnt das Straßengemümel. Germaine klammert sich an Brandts Schulter. „Die Bombenflieger...“

Brandt eilt ans Fenster. „Nein, unsere Abwehrflieger werfen sich dem Feind entgegen. Laroque, Proutant... Brandt preßt die Stirn an die Scheiben. Er sieht die Lichtsterne, die wie Kometenschweife hinter den unsichtbaren Maschinen tanzen und den Flakbatterien anzeigen sollen, daß es sich um eigene Flieger handelt. Brandt starrt mit gierigen Augen in die Nacht. Mitternachts mit den Kameraden dort oben...! Kämpfend im Aether verbluten! Hat es denn Sinn, Zeuge zu werden beim qualvollen Verenden eines Volkes! Was ist in dieser Minute Frankreichs Ministerpräsident? Ein Nichts, ein bersender Stern im Menschenmeer, eine eitle Lächerlichkeit, nichts anderes als die fünfzehn Minister, die drei Zimmer weiter als Staatsgefangene ihr Todesurteil erwarten... Ueber einen Erdteil wird jetzt Urteil gesprochen, über Gerechte und Ungerechte, über Weise und über Toren, über Verbrecher und Gottstüchtige! Götter werden gestürzt, Götzen zerschellen...“

(Fortsetzung folgt.)

Czernin gestorben.

CZERNIN, der jetzt in Wien gestorben ist, gehört in die Reihe der Außenminister, die ihre Regierungen durch den Weltkrieg geleitet. CZERNIN stand auf der Seite derjenigen, die auf Seiten einer aussichtslos kämpfenden Nation für eine baldige Liquidation des Krieges tätig gewesen sind. Er wurde 1916 Außenminister unter dem Kaiser Karl; 1918 hat er die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk mitgeleitet. Als die von Oesterreich einseitig übernommenen Friedensverhandlungen mit Frankreich vorzeitig bekannt wurden, mußte er zurücktreten.

TROTZKI schildert in seiner Biographie im Kapitel „Verhandlungen in Brest“ den Zusammenstoß der russischen Revolutionäre mit der Welt, die CZERNIN, Seite an Seite mit KÜLMANN und General HOFFMANN, vertrat.

CZERNIN hat diese Verhandlungen, in denen das kaiserliche Deutschland seinen letzten Gewaltfrieden abschloß, in seinem Buch „Im Weltkrieg“ beschrieben. Beide Schilderungen zusammengenommen sind eine unvergleichliche Quelle zur Bildung eines geschichtlichen Urteils über die Methoden der Gewaltdiplomatie; sie ersparen einem das Wälzen dicker Bände.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Freitag, den 8. April, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41. Thema: Die Aufgaben des Krisen-Kongresses des ADGB.

Freie Aussprache! **Eintritt frei!**

Essen: Sturm über Asien! Wohin treibt China? Ueber dieses Thema spricht die Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung am Montag, dem 11. April, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Gartke (Siemensplatz). Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Frankfurt a. M.: Freitag, den 8. April, 20.15 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im Volkshaus über das Thema: „Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats“. Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Kassel: Donnerstag, den 7. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai, in einer großen öffentlichen Versammlung im kleinen Stadtparksaal, Eingang Wilhelmstraße, über das Thema: Arbeiter und Bauern im Kampf um ihre Freiheit. Nach dem Vortrag Aussprache. Eintritt 40 Pf. Vorverkauf 30 Pf. Erwerbslose 15 Pf.

Köln! Achtung!

Große öffentliche Kundgebung:

China blutet! Was tut Europa?

Rednerin: Genossin CHIYIN CHEN, Schanghai.

Am Samstag, dem 9. April 1932 (20.15 Uhr), im großen Saal der Rheinlandloge, Cäcilienstraße 22 (Nähe Neumarkt).

Aussprache! **Eintritt 20 Pfennig**
Erwerbslose gegen Ausweis frei.

Vereinstarter: Internationaler Sozialistischer Kampfbund, Köln, in Gemeinschaft mit der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft, Köln.

Gewissensnot.

J. P. Fast dreißig Jahre ist es her seit meiner Konfirmation, aber gelegentlich kommen mir heute noch im Traum die Sorgen hoch, die ich um sie hatte.

Ich ging in eine evangelische Schule. Die Lehrer waren freundliche Menschen, aber kirchlich eingestellt. Ich ging gläubig jeden Sonntag in die Kirche. Da versuchte plötzlich ein Lehrer, uns im Deutschunterricht für Schiller und Goethe zu begeistern. Es lag auf der Hand, daß diese beiden Dichter keine Christen waren. Zweifel und Unsicherheit erwachten. Den Religionslehrer und den Geistlichen, der uns Konfirmationsunterricht erteilte, brachten wir in Verlegenheit durch die Frage, ob Goethe und Schiller wohl in den Himmel gekommen seien. In hellem Aufruhr brachte mich ein Wort Goethes, das mir ein Erwachsener ahnungslos hinwarf:

„Zwei der größten Menschenfeinde,
Furcht und Hoffnung, angekettet,
Halt' ich ab von der Gemeinde,
Platz gemacht, ihr seid gerettet!“

Diese Menschenfeinde ließ ja aber die Kirche gerade auf uns los! Sie quälte uns mit Hoffnung auf den Himmel und mit Angst vor der Sünde! Plötzlich stand es klar vor mir, daß jeder Mensch nur selber entscheiden kann, was er tun soll, daß er — ich schrak zunächst vor diesem Gedanken zurück — wie vor einer Gotteslästerung — seiner eigenen Einsicht folgen soll, selbst, wenn Bibel und Priester das Gegenteil verlangen.

Aber diese wunderbare Entdeckung machte mich nicht frei und kühn, zu sehr stand ich innerlich und äußerlich in der Gewalt der Tradition. Die Lehrer, die Eltern, der Geistliche, alles ältere, erfahrene Menschen, waren, wie ich meinte, überzeugte Christen. War es nicht Hochmut, es besser wissen zu wollen als sie? Aber eine Stimme sagte deutlich: „Du kneifst!“

Die Lehrer, den Geistlichen ins Vertrauen zu ziehen, war ausgeschlossen. Ich wäre von der Schule geflogen. Das wollte ich nicht, denn ich kannte nichts Schöneres als Lernen und noch einmal Lernen. Dafür war ich aber auf die Schule angewiesen. — Ich suchte verzweifelt nach Auswegen, um nicht am Konfirmationstage als Meineidiger vor mir selber dazustehen. Zufällig fand ich eine ältere Schülerin, die als Freigeist in einem üblen Ruf stand. Sie versuchte, mich zu beruhigen

Politik in Bremen.

Am 18. März 1932 erlebte die Bremer Bürgerschaft einen kleinen Kampftag, dessen Ausgang zu weittragenden Folgen für die bremische Politik hätte führen können. Schon seit einem Jahr standen die Anträge der NS und Deutschnationalen auf Rücktritt des Senats und Auflösung der Bürgerschaft auf der Tagesordnung. Der Mißtrauensantrag gegen den Senat wurde mit 61 gegen 52 Stimmen, bei Stimmenthaltung des einen SAP-Vertreters, und der Antrag auf Auflösung mit 61 gegen 46 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, abgelehnt. Damit ist die Große Koalition in Bremen für die nächsten Wochen gerettet.

Seit der Bürgerschaftswahl im November 1930, die eine sechszehnfache Vermehrung der NS-Sitze in der Bürgerschaft brachte und die Mehrheit der bisherigen Großen Koalitionsregierung auf zwei Stimmen vorrington, hängt das Damoklesschwert des Regierungssturzes über der bremischen Politik. Nur der Treue und Zuverlässigkeit der DVP zur SPD verdankt die Regierung ihr Dasein. Die DVP bildet mit 15 Abgeordneten (12,5 Prozent der Wählerschaft) das Zünglein an der Waage und ihre Schwankungen lassen die ganze bremische Politik erbeben. Und dieser Schwankungen gibt es genug — vornehmlich seit dem November und September 1930. Bremen liegt nicht weit vom Bebenherd der DVP, Westfalen, und Herr Korvettenkapitän HINTZMANN, der Spitzenkandidat dieser Partei im Wahlbezirk Weser/Ems, ist ein Gesinnungsfreund des Obersten GILSA, der ja unlängst aus der Partei desertierte wegen ihrer Schwankungen gegenüber der BRÜNINGschen Politik. Wer einmal HINTZMANN gehört hat, versteht kaum, warum er nicht schon längst ein Führer der NS ist. Einzig das so unklare Wort „Sozialismus“ und die immer noch vorhandenen revolutionären Tendenzen in der NSDAP schrecken ihn von dieser Partei ab. HINTZMANN steht mit seiner Auffassung nicht allein in Bremen. Es gibt einen deutlich nach ihm orientierten rechten Flügel in der bremischen DVP und Bürgerschaft. Die Regierungsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten ist diesen Leuten selbstverständlich verhaßt. Und es war deshalb für den 18. März die bange Frage manches sozialdemokratischen Politikers: wird es Herr Professor DIETZ, dem Fraktionsführer der DVP, gelingen, seine Rosse zu bändigen und damit den Regierungswagen sicher über die gefährliche Kurve zu bringen? Es ist ihm gelungen, seine Fraktion einstimmig auf folgende Entschliebung festzulegen, die wir als eine interessante Kennzeichnung der DVP hier abdrucken:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der bremischen Bürgerschaft lehnt den Mißtrauensantrag gegen den Senat und den Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft ab. Angesichts der bedrohlichen Wirtschaftslage, die sich gerade für Bremen in verhängnisvoller Weise ausgewirkt hat und deren weitere Auswirkungen noch nicht abzusehen sind, kann sie die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß durch einen Regierungswechsel oder durch einen Wahlkampf neue Erschütterungen in Bremen herbeigeführt werden. Von den wirtschaftlichen Entscheidungen der nächsten Wochen hängt Bremens Zukunft ab. An diesen Entscheidungen sind Staat und Wirtschaft im gleichen Maße beteiligt und interessiert. Ein Regierungswechsel bedeutet in der jetzigen Zeit die Gefährdung des ruhigen Fortganges der Regierungsgeschäfte und schließt die Gefahr weiterer Wirtschaftsschädigung in sich. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei läßt sich bei ihrer Entscheidung lediglich von dem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gegenüber Staat und Wirtschaft leiten und verzichtet bewußt darauf, diese Entscheidung von politischen Gesichtspunkten abhängig zu machen.“

Welche Wirtschaft und welche wirtschaftlichen Entscheidungen der nächsten Wochen die DVP meint, zeigt uns die Nachricht in der bremischen Sonntagspresse (20. März) über die 70 Millionen Mark Reichsgarantie, die das Reich im Interesse der Hapag-Lloyd-Union übernommen hat. Nach dem auf-

merksamen Studium der DVP-Entschliebung und der prompten Folge dieser Ereignisse — der Sieg der bremischen Regierung und die Reederei-Garantie des Reiches — ist es nicht verwunderlich, wenn man es für möglich hält, daß die DVP, beziehungsweise die hinter ihr stehenden Interessentengruppen, ihre „Staatstreue“ sofort in bar bezahlt bekommen. Es ist verständlich: die Peitsche des Rossebändigers DIETZ hat diesmal besondere Schwungkraft gehabt. Wir verstehen auch Herrn DIETZ, wenn er sagt:

„Hier handle es sich gewiß nicht um eine Neigungsache, sondern um die vernünftige Zweckmäßigkeit.“

Die Neigung treibt die DVP zur Rechtsopposition, die Zweckmäßigkeit zur SPD. Dieser Satz ist in mehrfacher Weise interessant. Er wirft die Fragen auf: Wie vertragen sich die Zwecke der DVP mit denen der Arbeiterschaft; also: was ist über den Erfolg der bisherigen sozialdemokratischen Regierungspolitik vom sozialistischen Standpunkt aus zu sagen? Besteht in nächster Zeit die Aussicht für die DVP, in ihrer Politik Neigung und Klugheit in Uebereinstimmung zu bringen?

Ich will zum Schluß für die zweite Frage nur einige kurze Hinweise aus der bremischen Politik geben. Aus dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl läßt sich für die Zukunft der bremischen Regierung nichts Nennenswertes schließen. Man darf nicht, wie es die Bremer SPD tut, die Hindenburgwählerschaft als Basis der gegenwertigen Regierung nehmen. Denn zu den Hindenburgwählern gehören Gruppen des Bürgertums, die in Opposition stehen zum Senat, wie z. B. die Hausbesitzer und Teile der DVP. Im übrigen kann man an diesen Wählerzahlen auch nicht erkennen, wie stark der proletarische und wie stark der bürgerliche Anteil ist. Die Rechtsopposition (HITLER und DUESTERBERG) ist trotz des Stimmenrückganges der NS absolut um rund 7000 Stimmen gestärkt und relativ, d. h. im Vergleich zur Gesamtzahl der gültigen Stimmen, gleich geblieben im Verhältnis zur Bürgerschaftswahl 1930. Beachtlich ist in diesem Zusammenhang der Gewinn der Kommunisten um 9000 Stimmen, relativ 2,5 Prozent. Der jetzige Senat steht danach auf sehr schwachen Füßen. Um so mehr, wenn man bedenkt, daß selbst eine geringe zahlenmäßige Schwächung der Rechtsopposition nicht entscheidend sein würde für die Haltung der DVP. Denn Kommunisten, Rechtsopposition und DVP haben die Mehrheit in der Bürgerschaft. Die DVP und die Rechtsopposition könnten sogar zusammen mit den Hausbesitzern, der Wirtschaftspartei, den Konservativen, also unter Ausschluß von Staatspartei und Zentrum zahlenmäßig eine Regierung bilden. Entscheidend für die DVP ist die Qualität der Rechtsopposition, d. h. die Befähigung der Persönlichkeiten dieser Opposition für eine zweckmäßige Wirtschaftspolitik. Und damit scheint es in Bremen sehr zu hapern, besonders bei den NS. Darüber hinaus möchte die DVP sich vor den großen Entscheidungen im Reich und den großen Ländern wohl nicht festlegen. Denn man weiß ja nicht, wie es kommen kann.

Die weitere Zukunft der bremischen Politik ist zur Zeit also ebenso ungewiß wie die weitere Zukunft der Reichspolitik. — Alexander Dehms.

Das bevorzugte NS-Plakat

w Berlin, 5. April.

Der Aufsichtsrat der Berek (Berliner Anschlag- und Reklamewesen GmbH) erörterte am Sonnabend die Frage, ob die Schuld an der vor Ablauf des Osterburgfriedens erfolgten Anbringung nationalsozialistischer Wahlaufträge dem Leiter der Berek, Direktor MARTIN, zufalle. Die Entscheidung wurde auf Dienstag vertagt. Der Aufsichtsrat der Berek faßte am Dienstag gegen MARTIN folgenden Beschluß: Direktor MARTIN wird sofort beurlaubt, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der fristlosen Entlassung nach beendetem Strafverfahren.

Die nach einem Vierteljahr angesetzte Gerichtsverhandlung wurde vor zwei Monaten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Jetzt griff plötzlich die Regierung ein, indem sie ab 1. April die Weiterverwendung des im Dienste vollbeschäftigten Angestellten ohne Angabe eines Grundes verweigerte.

Ein neues Beispiel für den bestimmenden Einfluß der Kirche auf die Maßnahmen der bayerischen Regierung!

Harle Worte für eine harte Rasse.

Der Bischof von Quimper, einer kleinen Stadt im Westen der Bretagne, versucht mit seinem neuesten Erlaß, die Mitglieder in seiner Gemeinde vor „unmoralischen“ Einflüssen verschiedener Art zu retten. Er verbietet allen jungen Mädchen, Tanzabende zu besuchen oder mit jungen Leuten Spaziergänge oder Autotouren zu machen. Diejenigen, die dieses Verbot übertreten, sowie deren Eltern, will der Bischof fortan die Sakramente verweigern. Ebenso soll es Verkäufern von anderen als katholischen Zeitungen ergehen. „Mgr. DUPARC (der Bischof von Quimper) spricht hart, wie es einer harten Rasse gebührt, die es liebt, daß ihr die Fragen gerade und genau gestellt werden“, sagt „La Croix“, eine in Paris erscheinende katholische Tageszeitung zu diesem Erlaß und sie erbot sich sehr darüber, daß ein Journalist ironisch bemerkt, daß die Autofahrer in Quimper nun auf den Index gesetzt sind.

Die Besitzer von Tanzsälen, Musiker und Transport-Unternehmer von Quimper protestieren sehr gegen die „strengen Worte“ des Bischofs DUPARC, die ihrer Ansicht nach die Freiheit des Einzelnen, die Gewerbefreiheit und die Pressefreiheit verletzen. Durch einen solchen Protest der materiell an der Sache Interessierten wird sich die Kirche nicht einschüchtern lassen, denn ihnen werden wahrscheinlich die große Anzahl gläubiger Eltern gegenüberstehen, die selber mit ihren Kindern nicht fertig werden. „Er weiß, an wen er sich wendet, und wer ihn versteht“, schreibt „La Croix“. Auch das heitere Frankreich hat seine Muckerchen, in denen ein Priester die Menschen der Erde entführt! Der Teufel sollte so witzig sein, Autos und Kinos in der Hölle einzuführen, damit die auf der Erde Gestraften eine Hoffnung ins Jenseits mitnehmen.

alle kirchlichen Dogmen, auch das gefürchtete Abendmahl und das Konfirmationsgelübde, dürfe ich doch nicht wörtlich nehmen. Sie seien Symbole, Gleichnisse, für die Beziehungen der Menschen zu Gott, die sich nicht klar in Worte fassen ließen. Das schien eine einleuchtende Lösung zu sein. Die fortgeschrittensten Lehrer und Schüler des Seminars nahmen sie an (heimlich, versteht sich). Aber im Katechismus stand nichts von dieser Auffassung. Er verlangte Glauben aufs Wort. Und „Ausweichen, Heuchelei!“ sagte die neue, unerbitliche, unbequeme Stimme.

Mir war jämmerlich zumute am Konfirmationstage. Danach bin ich noch einmal zum Abendmahl gegangen und sehr selten zur Kirche. Aber ich schleppte die Last der Selbstverachtung mit mir, die durch alle Freude am Lernen nie ganz abgewogen wurde. Wie mir, ging es mancher Mitschülerin. Noch heute werde ich die Scham nicht los, daß ich meinen Kirchaustritt nicht meinem Selbstvertrauen verdanke, sondern dem Erlaß ADOLF HOFFMANNs, der es 1919 den Lehrern freistellte, aus der Kirche auszutreten.

Neues aus dem Kirchenstaat.

Der Staat als Büttel der Schwarzröcke.

In dem oberbayerischen Städtchen Mühldorf lebt ein Genosse, der im staatlichen Baudienst beschäftigt ist. Er ist Mitglied des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ und erhielt von der Mitgliederversammlung den Auftrag, die Leitung einer zu gründenden Jugendgruppe zu übernehmen. Er traf die Vorarbeiten dazu, indem er mit einigen Lehrlingen abends turnte.

Der gleiche Genosse ist außerdem Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes. Im Laufe einer privaten Unterhaltung gab er an zwei 16- und 17jährige Berufsbildungsschüler auf ihr eigenes Verlangen Freidenker-Literatur.

Auf Veranlassung der Geistlichkeit erhob nun die Bezirksschulbehörde Anklage gegen ihn. Man warf ihm vor: Untergrabung der Autorität der Schule

1. durch Gründung einer nicht angemeldeten Naturfreunde-Jugendgruppe,

2. durch Übergabe von Freidenker-Literatur an Schulpflichtige.

Die Arbeiter auf dem Plan.

Die große Streikkundgebung in Brüx.

t Brüx, 6. April.

Am Dienstag nachmittag fand in Brüx auf den drei großen Plätzen der Stadt die Massenkundgebung der streikenden Bergarbeiter Nordwestböhmens statt. Die Teilnehmer, rund 18 000 Mann, trafen in langen Zügen in Brüx ein. Sämtliche Geschäfte der Stadt waren geschlossen, da die Gewerbetreibenden und Kaufleute mit den Bergarbeitern sympathisieren. Auch die Belegschaften fast aller Fabriken in Brüx hatten die Arbeit niedergelegt, um an der Kundgebung teilzunehmen. Unter den Rednern befand sich auch der frühere tschechische Minister VRDENSKY sowie mehrere kommunistische Abgeordnete und der deutsche nationalsozialistische Bergarbeitersekretär. Vertreter der Sozialdemokraten und der tschechischen Nationalsozialisten durften nicht sprechen, da ihnen Solidaritätsbruch vorgeworfen wird. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Kampf bis zum Erfolg fortgesetzt werden müsse. Verhandlungen dürften nur mit dem neu gebildeten Streikausschuß geführt werden. Wenn eine Einigung nicht möglich sein sollte, würde die gesamte Arbeiterschaft zum Generalstreik aufgerufen werden. Die Versammlungen verliefen ruhig.

Verschärfung der Krise.

Weitere Massenkündigungen.

k Kattowitz, 5. April.

Die gesamte Arbeiterschaft in der ostoberschlesischen Zinkindustrie hat die Kündigung zugestimmt. Wieder-einstellungen sollen nur unter der Voraussetzung erfolgen,

daß die Arbeiter sich mit einer Lohnkürzung um 12 Prozent einverstanden erklären. Bei Ablehnung dieser Kürzung sollen die Betriebe am 20. April geschlossen werden. Von der Kündigung werden etwa 10 000 Arbeiter betroffen. Die Bekanntgabe der Kündigungen hat unter der Arbeiterschaft erhebliche Erregung hervorgerufen. Es sollen mit dem Demobilisierungskommissar Verhandlungen über das Vorgehen der Arbeitgeber stattfinden.

Aufstand in Neufundland.

Arbeitslose gegen die Regierung.

m London, 6. April.

Die Regierung von Neufundland ist zurückgetreten, nachdem sie von einer Menge von mehreren tausend Menschen, zum großen Teil Arbeitslosen, im Parlamentsgebäude in St. Johns eingeschlossen worden war. Das Gebäude wurde bei den Kämpfen schwer beschädigt. Am Mittwoch morgen war das Gebäude immer noch von der Menge umlagert. Die gesamte Polizei von St. Johns ist ebenfalls im Parlament eingeschlossen. Die Stadt ist in der Hand der Aufständischen.

Die im Reichsarbeitsministerium geführten Nachverhandlungen über das Urlaubsabkommen im Ruhrbergbau sind ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister und wird kaum vor Ablauf der Woche zu erwarten sein.

Berliner Brauereibesitzer stoßen vor.

F. G. Die Berliner Brauereibesitzer haben den Tariforganisationen das Kurzarbeitsabkommen sämtlicher Brauereiarbeiter zum 12. April gekündigt.

Durch einen Anschlag in den Betrieben wird den Belegschaften mitgeteilt, daß die Brauereibesitzer bereit sind, das Arbeitsverhältnis unter den bisherigen Bedingungen fortzusetzen, mit der Maßgabe, daß die einzelnen Betriebe berechtigt (!) sind, das Fahrpersonal und etwa benötigte Hilfskräfte — unter Beachtung der 40stündigen Arbeitswoche — auch am Mittwoch einer jeden Woche zu beschäftigen.

Die Funktionäre der Berliner Brauereiarbeiter haben erst kürzlich durch einstimmigen Beschluß das Ansinnen der Brauereiunternehmer, in eine Aenderung des 40-Stundenabkommens einzuwilligen, die die teilweise Aufhebung dieses Abkommens bedeutet hätte, zurückgewiesen. Die Unternehmer hatten gewünscht, das Fahrpersonal solle zwar weiter nur 5 Tage arbeiten, aber an zwei Tagen in der Woche sollten die Fuhrwerke nur einmal mit einem Fahrer, das andere Mal mit einem Mitfahrer besetzt werden.

In der Praxis würden sich bei einer solchen Regelung mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Im Betriebe würde die 5-Tage-Woche durchbrochen werden, weil ein Teil der Arbeiter zu Vorbereitungsarbeiten herangezogen werden müßte. Insbesondere würde eine Kontrolle der Einhaltung der 40-Stunden-Woche auf große Schwierigkeiten stoßen wegen der geschaffenen Unübersichtlichkeit.

An diesem Punkte setzen offenbar die Brauereiunternehmer mit ihrem Vorstoß gegen die 40-Stunden-Woche ein.

Die Brauereien begründen die Notwendigkeit des Bierausfahrens an allen Wochentagen damit, daß die auswärtigen Brauereien besonders an dem für die Brauer arbeitsfreien Mittwoch sehr viel Bier nach Berlin einfahren

und dadurch den Berliner Brauereien Konkurrenz machen. Diese Konkurrenz ist aber nicht auf den arbeitsfreien Mittwoch der Berliner Brauereiarbeiter, sondern darauf zurückzuführen, daß die auswärtigen Brauereien ihr Bier billiger liefern. Festgestellt ist ferner, daß dieser Bierverkauf am Mittwoch überhaupt nicht erfolgt, da auch in den Provinzbrauereien am Mittwoch Arbeitsruhe herrscht.

Die Brauereiarbeiter wissen aus ihren langjährigen Erfahrungen mit den Brauereibesitzern sehr genau, daß solche Zusicherungen, wie die „Beachtung der 40-Stunden-Woche“, in der Regel nur auf dem Papier stehen bleiben, und daß die Einwilligung in solche scheinbar harmlose Aenderungen meistens den Anfang des völligen Abbaus bedeutet. Das dürfen die Gewerkschaften bei ihrer Stellungnahme zu dem Vorstoß der Brauereiunternehmer nicht vergessen.

Der Attentäter-Prozeß.

Urteil gefällt: Todesstrafe.

s Moskau, 6. April.

Nach den Aussagen STERNs und WASSILJEWS nahm am Schluß der Abendsitzung der Oberste Staatsanwalt KRYLENKO das Wort. Er betonte, daß für die, der Anklageschrift zugrunde liegende Tat das sowjetrussische Strafgesetzbuch die Höchststrafe, die Todesstrafe, vorsehe. Das Todesurteil ist bereits gefällt worden.

Der Scheringer-Prozeß beginnt am 7. April, 9 Uhr, vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz von Reichsgerichtsrat Dr. BAUMGARTEN. SCHERINGER wird beschuldigt, Hochverrat im Sinne der KPD begangen zu haben. Die Verhandlung wird drei bis vier Tage in Anspruch nehmen.

Auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle wurde das Danat-Bankkonto des Schriftstellers Remarque bei der Danat-Bank beschlagnahmt. Die Maßnahme erfolgte, weil angeblich der Verdacht der Devisenschlebung besteht.

21 Monate Festung für unbefugten Waffenbesitz.

w Leipzig, 5. April.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Schußmacher HERMANN BECKER aus Berlin-Wedding wegen Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats in Tateinheit mit einem Vergehen nach § 4, Ziffer 1, des Republiksschutzgesetzes, Vergehen nach §§ 23 und 25 des Gesetzes über die Schußwaffen und Munition, §§ 2, 3 und 9 des Gesetzes über Kriegsgewehre, und §§ 1 und 3 der Verordnung über die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches, zu einem Jahr und neun Monaten Festungshaft. Sechs Monate und zwei Wochen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Schußwaffen und scharfe Patronen werden eingezogen. Der Angeklagte wird als Ueberzeugungstäter angesehen.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 7. April.

Berlin:

15.45 Dr. JUDITH GRÜNFELD: Das Lohnproblem der Arbeiterin.

22.00 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Breslau:

18.35 Dr. VON GRUMBKOW: Die Aufgaben des Völkerbundes.

Hamburg:

21.20 „Vierhundert Millionen durchbrechen die Mauer.“ Hörspiel über China. (Auch Königsberg und Königs-wusterhausen.)

Langenberg:

19.30 Dr. MUELLER-REUTER: Die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie im Krefelder Bezirk.

Leipzig:

20.00 Prof. HERMBERG: Kulturarbeit und Arbeiterkultur.

Mühlacker:

21.00 „GRISCHKA.“ Hörspiel von MAXIM GORKI.

München:

20.10 „Missa solennis“ von BEETHOVEN.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):

20.00 Wochen-Rundschau und Briefkasten.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:

Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:

Briand.

Aussprüche Briands.

FRITZ GROB:

Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

WILLI EICHLER:

Arbeiterschaft und Wahlen.

Die Reichspräsidentenwahl

Die Landtagswahlen in Deutschland

Zum Nachdenken:

Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Sonnenblumen-Oel

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Elegante und praktische Herren- und Damenkleidung nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig.
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 104, H. r. 1

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barossastraße 8.

Telephon: 25 53 42

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserentrat!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Das Zentrum gewinnt an Macht.

Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.
Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom

Sozialistisch-dissidentischen Lehrgang-Kampf-Bund

1.—5. Tausend / 82 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.

Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.

Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Severing bei Groener.

Wo ihr schweigt, da ist's interessant.

Der preußische Minister des Innern machte dem Reichsinnenminister am Dienstag in einer längeren Besprechung, der auch Persönlichkeiten aus anderen Ländern beiwohnten, nähere Mitteilungen über das Ergebnis der Haussuchung bei der NSDAP. Das Ergebnis der Besprechung wurde für streng vertraulich erklärt.

Angesichts der ungeheuren Beunruhigung, die durch die enthüllten Putschvorbereitungen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist es unverantwortlich, daß die beiden Minister sich vertraulich unterhalten, statt nach außen hin vernehmlich den Mund aufzutun, was sie sonst gut tun können. Die Minister sind Angestellte der Öffentlichkeit, sie sind nicht ihre Beherrscher. Aber diese Diplomaten-Manieren fallen viele Leute an: Generäle und „kleine Metallarbeiter“. Gefeit dagegen ist nur der, der hinreichende Achtung vor den öffentlichen Interessen mitbringt. Die Forderung des Charakters in der Politik bleibt nach wie vor akut.

Neue Provokation der Arbeiterschaft.

Klagges verbietet „Reichsbanner“-Demonstration.

p Braunschweig, 5. April.

Das „Reichsbanner“, Ortsgruppe Braunschweig, hatte für Dienstag und für den kommenden Sonnabend Umzüge durch die Straßen der Stadt geplant. Die Kundgebungen sind verboten worden, weil nach den bestehenden Umständen zu befürchten sei, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werde.

Natürlich ist in Braunschweig unter den bestehenden Umständen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet — aber nicht erst durch einen Umzug des „Reichsbanners“, sondern täglich durch die NS, die auf den Straßen friedliche Arbeiter vor den Augen der Polizei terrorisieren.

Die Arbeiterschaft sollte Herrn KLAGGES im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Regieren verbieten.

Auch die „Christen“ rührensich.

„Volksfront“ gegen Radikalismus.

w Berlin, 5. April.

Die Gruppe Berlin-Brandenburg der „Volksfront“ veröffentlicht in der Mittwoch-Nummer der Zeitung „Der Deutsche“ folgenden Aufruf an die Christliche Arbeiterschaft:

„Die Ordnung in Staat und Wirtschaft ist, wie die letzten Wochen eindeutig gezeigt haben, ernstlichen Erschütterungen ausgesetzt. Der politische Radikalismus rechts und links strebt mit allen Mitteln zur Macht. Ein Erfolg dieser Gruppen bedeutet für die christliche Arbeiterschaft, für Volk und Staat eine ungeheure Gefahr. Angesichts dieser Tatsachen rufen die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine die christliche Arbeiterschaft Berlins und der Provinz Brandenburg auf, örtliche und bezirkliche Bereitschaften innerhalb der Volksfront zu bilden und damit Vorsorge zur aktiven Abwehr jeden verfassungswidrigen Angriffs auf den Staat und seine Ordnung zu treffen. Nähere Anweisungen gehen den einzelnen Gruppen und Vereinen noch zu.“

Gez.: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Landesauschuß Berlin-Brandenburg, Diözesanverband der katholischen Arbeitervereine des Bistums Berlins.

Alexander Stambolijski.

Der bulgarische Bauernführer, ermordet 1923.

II.

Gespräch mit König Ferdinand.

(Anschließend an STAMBOLIJSKI Rede, 4. September 1915.)
Nachdem STAMBOLIJSKI in seiner Rede mit Mühe die Form gewahrt hatte, und dann sah, daß es nichts genutzt hatte, hat er in dem folgenden Gespräch seine Meinung offen und als der wahre STAMBOLIJSKI gesagt. (Bemerkung eines unserer bulgarischen Mitarbeiter.)

König FERDINAND begann, nach einigen gleichgültigen Redensarten:

„Wissen Sie, welche einen schmerzlichen Eindruck die Resolution auf mich gemacht hat, durch die der Bauernbund-Kongreß die Beziehungen zu mir verbietet?“

„Diese Resolution, Majestät, war der schwächste Ausdruck für die Stimmung, die gegen Sie unter uns herrschte.“

„Sie waren sehr frech gegen mich in Ihrer Rede.“

„Nein, ich sprach nur offen. Ich habe mich der Freiheit des Wortes bedient, die sonst nicht existiert, und habe Ihnen gesagt, was Sie wissen müssen.“

„Was hat Ihnen Herr RADOSLAWOFF (der Minister-Präsident. Red.) in Ihrer Unterredung mit ihm gesagt?“

„Wir haben aus seinen Worten entnommen, daß die Regierung jetzt endgültig in der Umschlingung der Mittelmächte ist.“

„Aber was hat er Ihnen gesagt?“

„Das, was ich Ihnen sagte, sind sowohl meine als meiner Freunde Schlüsse.“

„Was hat Herr RADOSLAWOFF wörtlich gesagt?“

„Daran erinnere ich mich nicht, und außerdem bin ich nicht verpflichtet, es hier vor Ihnen niederzulegen.“

„Sie, Herr STAMBOLIJSKI, drohen mir mit Aufruhr, Sie verkünden mir, daß Sie selber mir eines Tages das harte Volksurteil überbringen werden . . .“

„Ja!“

„Wissen Sie, daß ich den Weg, den ich mir vorgezeichnet habe, unerschrocken gehen werde, ohne mich durch Ihre Drohungen einschüchtern zu lassen? Und damit glaube ich dem Volke besser zu dienen als Sie!“

„Sie versuchen mich zu beleidigen, Majestät! Aber Ihre Beleidigungen können mich nicht treffen. Sie beabsichtigen,

Es gärt unter den dänischen Bauern.

o Kopenhagen, 5. April.

Die auf Ersuchen des Polizeimeisters von Gravenstein erfolgte Entsendung von über 50 Kopenhagener Schutzleuten nach Stenderup zur Bewachung des NISSENSCHEN Hofes hat in Nordschleswig große Erregung hervorgerufen. Die Maßnahme wird begründet mit der beabsichtigten Protestkundgebung gegen die Zwangsversteigerung dieses Hofes. Zu dieser Protestkundgebung hatte die sogenannte RANDERS-Bewegung Bauern und Arbeiter aufgerufen.

o Sonderburg, 5. April.

Die angekündigte Protestkundgebung hat in Stenderup unter Beteiligung von mehr als 1000 Bauern stattgefunden.

Hk. Im „Funken“ Nr. 71, vom 24. März, hatten wir über eine Bauernrevolte bei Hadersleben berichtet, in der der Bauernführer NISSEN eine nicht unbedingt selbstlose Rolle spielte. Im Zusammenhang mit dieser Notiz hatten wir „daran erinnert, daß der Wahlkreis Schleswig-Holstein mit 42,7 Prozent HITLER-Stimmen am 23. März an der Spitze der nationalsozialistischen Verdummung oder Verhetzung marschierte“.

Zu dieser Bemerkung schrieb uns ein Leser: „Hadersleben liegt überhaupt nicht in Deutschland, sondern . . . im dänischen Nordschleswig (früher deutsch). „Das ist richtig.“

Jener Leser schreibt weiter: „Wie kommt es übrigens, daß es in Dänemark, das doch von Euch vielfach als Vorbild, wenigstens in mancher Beziehung, hingestellt wird, zu Zwangsversteigerungen von Bauernhöfen kommt? . . . Sind nur die deutschen Zölle schuld?“

Natürlich kann von einer Weltkrise im Ausmaß der gegenwärtigen auch Dänemark nicht auf die Dauer verschont bleiben. Wie lange aber Dänemark als Insel mit „hohem Geschäftsgang“ den Krisenwogen standgehalten hat, zeigt eine Darstellung der internationalen Konjunkturentwicklung (in Heft 4, Teil A, 6. Jahrgang der „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“). Danach ist Dänemark als letztes der dort aufgeführten 25 Länder aus der Periode „hohen Geschäftsgangs“ in die Periode der „Abwärtsbewegung“ eingetreten: erst im vierten Vierteljahr 1930. Deutschland tat diesen Schritt bereits im ersten Vierteljahr 1928, die USA im dritten Vierteljahr 1929, England im vierten Vierteljahr 1929, Frankreich im dritten Vierteljahr 1930.

Schuld an der dänischen Krise ist allgemein der Rückgang der Massenkaufkraft in den Abnehmerländern für die dänischen Agrarprodukte, keineswegs die deutschen Zölle besonders; weit mehr z. B. Englands Preisgabe des Goldstandards, durch die dänische Lieferanten Englands einen empfindlichen Verlust erlitten. Und Dänemarks Ausfuhr nach England ist erheblich größer als die nach Deutschland: 1927 beispielsweise gingen nach England 56,5 Prozent der dänischen Ausfuhr, nach Deutschland nur 20,7 Prozent.

Zu der letzten Frage unseres Lesers endlich, wieweit „die Bauernrevolte im dänischen Hadersleben als ein Zeichen

der HITLER-Hetze zu kennzeichnen“ ist, haben wir eine Anfrage an einen Genossen in Flensburg gerichtet, der uns darüber folgende Auskunft gibt:

Der Charakter der Randers-Bewegung.

A. R. Flensburg, 4. April.

Soweit mir bekannt ist und ich ermitteln konnte — ich befragte darüber in den letzten Tagen viele Personen verschiedener Gesinnung —, ist es den NS bis jetzt noch nicht gelungen, Anhänger in bemerkenswerter Zahl in der nordschleswigschen Bauernschaft zu ködern. Jedoch sollen fast 95 Prozent der Bauern im abgetretenen Gebiet der RANDERS-Bewegung angehören. Auch die Haderslebener Versammlung war ja von dieser Organisation (kurz LS genannt) einberufen. Der Kampf der LS richtet sich vor allem gegen die sozialdemokratische dänische Regierung, die angeblich nicht das nötige Verständnis für die Nöte der nordschleswigschen Landwirtschaft zeige und mit allem Eifer den Weg der „kalten Sozialisierung“ beschreite.

Auffallenderweise bemerkt man in den letzten Tagen bei der Leitung der LS ein Abrücken von den Methoden der offenen Revolte. So erläßt die Vertreterversammlung der Ortsvereine der LS im südlichen Jütland, welche in Kolding stattfand, einen äußerst zahmen Aufruf. Alle „ehrenwerten Bürger“ möchten doch dafür sorgen, daß die Eigentümer von Höfen, die zur Zwangsversteigerung kommen, wenigstens als Verwalter darauf bleiben könnten. Weiter wird von dem Hauptbüro der LS kleinlaut zugegeben, daß der Rebell NISSEN-Ellum zwar nicht, wie verschiedentlich behauptet werde, aus der LS ausgeschlossen worden sei, daß er aber nicht wieder in den Landesauschuß gewählt werden würde.

Bei der NISSENSCHEN Pleite ergibt sich ein Gesamtverlust (Zinsen und aufgelaufene Steuern) in Höhe von 25 000 Kronen (rund 22 000 Mark, Red.).

In eifriger Besprechung der LS mit Vertretern der nordschleswigschen Presse erklärte der Vertreter des Sonderburger sozialdemokratischen Blattes, daß dieses es ablehne, für die LS Reklame zu machen, wie dies die bürgerliche Presse täglich tut.

Nach diesem Brief kann man jedenfalls „die Bauernrevolte im dänischen Hadersleben als ein Zeichen der RANDERS-Hetze kennzeichnen“. Aber RANDERS-Hetze oder HITLER-Hetze, LS oder NS — was unterscheidet sie in ihrem Wesen? Natürlich ist die RANDERS-Bewegung von der Not der Bauern ausgegangen und nicht eine ausgesprochene politische Hetzbewegung, die um die Staatsmacht kämpft. Aber gemeinsam haben beide den Nationalismus, die Front gegen den „Marxismus“, die Terrormethoden in der Praxis und die offiziellen Erklärungen im Sinne der Legalität.

Irland überlegt.

In einer Unterredung mit der „Daily Mail“ sagt der irische Ministerpräsident DE VALERA, daß die Behauptung, wonach im irischen Kabinett Meinungsverschiedenheiten seien, frei erfunden sei. Die Verzögerung in der Absendung der Antwort auf die englische Note sei dadurch zu erklären, daß er zunächst die einzelnen Punkte derselben genau durchgearbeitet und mit dem irischen Generalstaatsanwalt und anderen juristischen Sachverständigen eingehende Rücksprache über die gesetzlichen Fragen gehabt habe. Der Antwortentwurf sei erst jetzt in Vorbereitung und werde der nächsten Kabinettsitzung vorgelegt werden. Die irische Regierung betrachte die Antwort nicht als eine besonders dringende Sache, da die Stellungnahme der irischen Regierung von vornherein klar sei.

Das nasse Finnland — trocken.

Die mit größter Spannung erwartete heutige Aufhebung des finnischen Alkoholverbots erbrachte gleich am ersten Tage eine Sensation. Zum erstenmal seit Einführung des Alkoholverbots vor 13 Jahren war es nicht möglich, in den Restaurationen Spirituosen zu bekommen. Diese eigenartige Tatsache beruht darauf, daß die Restaurateure und das Alkoholmonopol, das heute seine Tätigkeit begann, sich nicht über die Höhe der Ausschankpreise und Verdienste einigen konnten. Die Restaurateure stellten infolgedessen vorläufig den Spiritverkauf ein, der während des Verbots überall im Lande im Gang war. Der Innenminister und der Chef der Heeresleitung haben Aufrufe erlassen, in denen zur Besinnung gemahnt wird. Als die Verkaufsstellen des Spiritmonopols eröffnet wurden, standen schon überall lange Menschenreihen an.

Ihren Weg zu gehen — gehen Sie ihn! Ich werde meinen gehen!“

„Ich gehe ihn, denn mein Weg, nicht ihrer, ist der wahre Dienst am Volke!“

„Mein Weg hat nicht zu Pogromen geführt, wie der Ihrige, den Sie mit Ihrem Kopfe bezahlen werden, wenn Sie ihn weiter gehen!“

(Außer sich:) „Kümmern Sie sich nicht um meinen Kopf, ich bin alt — denken Sie an Ihren Kopf, solange Sie jung sind!“ (Er läßt STAMBOLIJSKI stehen und geht zu einigen anderen Heyren, die sich bemühen, die Atmosphäre zu beruhigen.)

Gespräch S'tambolijskis mit König Ferdinand am 25. September 1918.

Die Hilflosigkeit des Monarchen, die in diesem Gespräch zu Tage tritt, beruht nicht nur auf seiner Unbedeutendheit und auf dem Zerbrechen seiner Macht. Hinzu tritt die moralische Feigheit des Verantwortlichen, der sich seinen Bankerott nicht eingestehen will, nicht die zur Liquidierung des Bankerotts notwendigen Entschlüsse fassen will. Bei FERDINAND handelt es sich um den militärischen Bankerott, bei den heutigen „Wirtschaftsführern“ um den wirtschaftlichen — die moralische Schwäche ist die gleiche. (Red.)

Wer ist schuld am Bankerott?

„Jetzt sehen wir uns also wieder, Herr STAMBOLIJSKI!“

„In einer tragischen Stunde! Sie ist das Ergebnis des endgültigen Versagens einer Politik, deren Versagen ich am 4. September 1915 vorausgesagt habe.“

„Freuen Sie sich jetzt über die Resultate Ihrer ausdauernden Wühlarbeit, Herr STAMBOLIJSKI! Das alles ist Ihr Werk!“

„Meines?“

„Ja, Ihres! Sie haben unermüdlich an der Zersetzung der Front gearbeitet, und endlich haben Sie einen Erfolg errungen, einen großen Erfolg!“

„Majestät, bedenken Sie, daß ich nach meiner ersten Begegnung mit Ihnen am 4. September 1915, zu lebenslänglichem strengen Kerker verurteilt wurde; daß ich seitdem im Gefängnis saß, aus dem ich eben erst herauskommen bin. Bedenken Sie, daß ich dort wie der gefährlichste Räuber gehalten und unter besondere Aufsicht gestellt wurde. Es war mir nicht erlaubt, auch nur irgend jemanden zu sehen.“

„Aber Sie haben geschrieben.“

„Ja — und hinter mir standen mit grausamen Messern die Zensoren. Briefe von mir und an mich sind säckeweise verbrannt worden. Und ich, der am strengsten gehaltene Gefangene Bulgariens, sollte verantwortlich gemacht werden für die Auflösung der Front! Da müßte ich übernatürliche Kräfte besitzen, um unter derartigen Schwierigkeiten etwas derartiges durchzusetzen!“

„Aber wer hat denn die Front zur Auflösung gebracht?“

„Die Zeit, die militärischen Ereignisse, die Macht der Gegner — alles hat zusammengewirkt. Majestät, wenn Sie bei unserer Zusammenkunft 1915 gesagt hätten, der bulgarische Soldat werde drei Jahre an der Front aushalten, dann hätte ich Sie ausgelacht. Und Sie selber haben das nicht geglaubt! Schließlich hat alle Anstrengung ihre Grenze. Nach einem Maximum an Ueberanstrengung kommt der Augenblick der Erschöpfung. Der bulgarische Soldat hat diesen Augenblick erreicht, der Zusammenbruch war unabwendbar.“

„Ach, er hätte doch durchhalten müssen!“

„Bis zu welchem Punkt? Auf diese Frage möchte ich und möchte die Soldaten eine Antwort haben. Welchen Nutzen haben wir davon, daß wir geduldig auf den Zusammenbruch der Mittelmächte warten? Seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg ist man bei uns überzeugt, daß wir in einem Todeskampf liegen. Wie lange noch? Mit dieser Frage begegnete der Soldat Ihren Ministern, denen es sehr spät einfiel, die Front zu besuchen. Und dadurch, daß sie nicht zu antworten wagten, haben sie ihrerseits die Auflösung der Front beschleunigt.“

„Und die zersetzende Agitation?“

„Am meisten zersetzt haben Ihre Regierungen und deren unerhörte Taten. Die haben den Dolch in die Seele des Soldaten hineingetrieben — Taten wie der zweite Bukarester Vertrag und die Mariza-Angelegenheit. Diese Taten zeigten Bulgarien die Verderbtheit seiner Diplomatie.“

„Aber wir haben jetzt eine neue Regierung.“

„Eine Regierung der Kraftlosigkeit und Ziellosigkeit. Und der Parteiwirtschaft. Sie holte ihre Parteigänger von der Front zurück und brachte sie in Posten; sie griff roh in die Selbstverwaltung ein; sie unterdrückte die politischen Gefangenen. Und dann die endlosen Fürstenkonferenzen und Empfänge!“

„Diese Begegnungen mit teuren Gästen dienten dem Wohle Bulgariens.“

„Lassen wir das.“

(Fortsetzung folgt.)

Anleihe-Panama verschärft U.S.A.-Krise.

Folgen des imperialistischen Vorstoßes der Vereinigten Staaten nach Lateinamerika.

Im Januar 1889 brach die von FERDINAND VON LESSEPS ins Leben gerufene französische Aktiengesellschaft zur Erbauung eines Kanals zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean zusammen bei einer Schuldenlast von dreieinviertel Milliarden Mark. Der Gegenwert lag unter den rutschenden Erdmassen der Landenge von Panama begraben. Das war der berühmte Panama-Skandal. Das Wort ist zur sprichwörtlichen Bezeichnung für große Fehlinvestitionen des Finanzkapitals geworden. Ein Ausschuß des amerikanischen Senats bemüht sich jetzt, die viel weniger beachtete Tatsache zu ergründen, daß gegenwärtig junge Anleihen im Gesamtbetrag von 3,3 Milliarden Mark, die für Rechnung südamerikanischer Republiken auf dem amerikanischen Kapitalmarkt zusammengescharrt wurden, „notleidend“, will sagen: futsch sind. Dieses Geld, der geronnene Schweiß zahlloser prosperity-gläubiger Mittelständler, Farmer und Arbeiter, ist buchstäblich in die Luft geputert.

Aus den Aussagen der zahlreichen, durchaus angesehenen Zeugen, die vor dem vom Sturm der öffentlichen Meinung zusammengefügten Senatsausschuß erscheinen müssen, läßt sich mit voller Deutlichkeit die jüngste Geschichte des amerikanischen Finanzimperialismus rekonstruieren. Einen Begriff von seinen Praktiken und Methoden gibt die nachstehende Aufstellung über die bedeutenderen Anleihen, die wir der New Yorker „Nation“ entnehmen.

Bolivien. Im Jahre 1924 überschwebte die *Equitable Trust Company*, ein von ROCKEFELLER kontrolliertes Institut, den heimischen Markt mit bolivianischen Bonds im Betrage von 29 000 000 Dollar. Die Anleihe ist jetzt „eingefroren“. Einige Wochen später sicherte sich die *Standard Oil Company of New Jersey*, die auch von ROCKEFELLER kontrolliert wird, die Ausbeutekonzession für eine Million Hektar Petroleumländerchen in Bolivien. So plünderte das Oelkapital zum Zweck einer bedeutenden Erweiterung seiner Machtbasis die Taschen der kleinen amerikanischen Sparer. Denn die Rücklagen des breiten Publikums erfolgten in den Vereinigten Staaten bekanntlich seit jeher und besonders während der Prosperity-Periode nicht so sehr in der Form von Spar- oder Bankguthaben, sondern durch Kauf marktgängiger Wertpapiere. Aber auch die ersteren sind, wie wir sehen werden, durch die geschilderten Verhältnisse stark in Mitleidenschaft gezogen worden. — Den anderen Typus verfallgewählter politischer Anleihen stellt die im Jahre 1928 von DILLON, READ & Co. untergebrachte Neuauflage bolivianischer Bonds in Höhe von 22 000 000 Dollar dar, die heute gleichfalls „notleidend“. Von ihrem Erlös flossen 5 000 000 Dollar an VICKERS Ltd. für Waffen- und Munitionslieferungen, während 1,5 Millionen Dollar aufgewendet wurden für den Bau von Militärstraßen in der öden Steppe des Gran Chaco, dem paraguayischen Grenzgebiet.

Brasilien. Im Jahre 1929 verkaufte die *National City Company* dem amerikanischen Publikum 8 500 000 Dollar in Bonds des brasilianischen Staates Minas Geraes. Im selben Jahre übernahm die *American and Foreign Power Co.*, eine Tochtergesellschaft der *Electric Bond and Share Co.*, die Ausnutzung der Kraft-, Licht- und Straßenbahnanlagen in Bello Horizonte, der Hauptstadt des genannten Staates.

Kolumbien. 1931 schlossen die *Tropical Oil Co.* und die *Andean Pipe Line Co.*, zwei Standard-Oil-Gründungen, der kolumbianischen Regierung je eine Million Dollar vor. Im gleichen Jahre wurde eine Klage, die vor dem obersten Gerichtshof von Kolumbien gegen sie schwebte, kurzerhand zurückgezogen. — Im Jahre 1930 vereinbarte die *National City Co.* einen 20 000 000 Dollar-Kredit mit dem neugewählten Präsidenten. Der amerikanische Gesandte JEFFERSON CAFFEY wirkte bei diesem Handel mit. Kolumbien sollte als Gegenleistung gewisse gesetzgeberische Maßnahmen treffen, die die Bankleute verlangten. Ein Jahr darauf — im Juni 1931 — hielt die emittierende Bank die letzte 4 000 000 Dollar-Rate des Kredits zurück, bis die Barco-Konzession, ein reiches Oelfeld, auf das die MELLON GULF-Gruppe Anspruch machte, vom kolumbianischen Kongreß genehmigt wurde. (Der damalige amerikanische Finanzminister MELLON ist zugleich einer der größten Oelspekulanten seines Landes.)

Cuba. GERARDO MACHADO, der gegenwärtige Präsident, war vordem Vertreter der *Electric Bond and Share Scener-*

ties Co. bei ihren Konzessionsverhandlungen mit Cuba. Nach seiner Wahl brachte er in dem cubanischen Kongreß einen Gesetzentwurf ein, der den Straßenbahnbetrieb und die Stromversorgung von Havanna „auf ewige Zeiten“ der *Havana Electric Light and Railways Co.* in Pacht gab. Durch ein anderes, von ihm veranlaßtes Gesetz wurden dieser Gesellschaft Steuern in Höhe von nahezu einer Million Dollar erlassen. — Die *Chase National Bank* brachte unter geschäftlicher Mitwirkung des Schwiegersohnes des Präsidenten MACHADO im Jahre 1929 eine cubanische 100-Millionen-Anleihe unter, die größtenteils an *Warren Brothers* als Bezahlung für die Anlage der neuen Staatsstraße floß.

Chile. Die *National City Co.* gab im Jahre 1929 für die *Lautaro Nitrate Co.* Obligationen im Betrage von 32 000 000 Dollar aus. Bald darauf verschafften sich *Guggenheim Brothers* die Kontrolle über diese Gesellschaft. Im selben Jahre wollte die *American and Foreign Powers Co.* einen Vertrag über das Kraftwirtschaftsmonopol in einer großen Zahl chilenischer Städte abschließen. Präsident IBANEZ verweigerte dem Vertrag die erforderliche Zustimmung und bezeichnete ihn öffentlich als unfair und verbrecherisch. JULIUS G. LAY, Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft, beriet sich dann mit den Vertretern der *National City Co.* über eine Kreditsperre gegenüber Chile, worauf der Botschafter CULBERTSON der Regierung zu verstehen gab, daß die Aufhebung des Vertrages weitere Anleihen für Chile unmöglich machen würde. Der Vertrag wurde genehmigt.

Peru. Im Jahre 1927 brachten *Seligmann & Co.*, zusammen mit der *National City Co.*, eine 15 000 000-Dollar-Anleihe auf dem amerikanischen Markte unter, die durch das peruanische Tabakmonopol gesichert werden sollte. Die *American Tobacco Co.* erhielt die Ausbeutung des Monopols vertraglich zugesichert. Im folgenden Jahre brachten die beiden Emissionshäuser weitere Abschnitte im Betrage von 85 000 000 Dollar unter. Zeugenaussagen zufolge erhielt der Sohn des Präsidenten LEGUIA bei dieser Finanztransaktion eine „Kommission“ von 415 000 Dollar. Konzessionen und Monopolübertragungen an mehrere amerikanische Erwerbsgesellschaften folgten prompt.

Soweit diese Aufstellung den Korruptionssumpf und die Verfilzung der politischen Interessen mit den Ausbeutungsgelüsten des Finanzkapitals aufdeckt, mag sie nur Einblick in das reguläre Baßspiel geben. Aber dem amerikanischen Außenministerium (das dem deutschen Außenministerium entspricht) war durch Gesetz die Befugnis übertragen, die Auflegung von Auslandsanleihen auf dem amerikanischen Markte zu genehmigen. Wie sich jetzt, nachdem der riesenhafte Aderlaß von 815 000 000 Dollar verlorener Anleihen erfolgt ist, zur Bestürzung des Publikums herausstellt, ist diese Befugnis allein nach politischen Rücksichten gehandhabt worden, während doch die Genehmigung in der Öffentlichkeit einer Prüfung auf die Sicherheit der Anlagen gleichgesetzt wurde. In allen hier aufgeführten Fällen wurde die Zustimmung erteilt, oft gegen den Einspruch des Handelsdepartements (Handelsministeriums), dessen Attachés bei den diplomatischen Vertretungen in den betreffenden Staaten ungünstige Berichte lieferten. Die internationalen Bankiers konnten nun zu ihren Kunden gehen und sagen: „Diese Anleihe wurde von der Regierung der Vereinigten Staaten gebilligt, die durch ein besonderes Gesetz dafür sorgt, daß der amerikanische Bürger sein Geld nicht in zweifelhaften Anleihen anlegt.“

So konnte es kommen, daß amerikanisches Kapital von Rußland und anderen Ländern ferngehalten wurde, die auf der Schwarzen Liste des Außendepartements stehen, während nun für 3,3 Milliarden Mark Wertpapiere in den Depots der Banken und den Schubladen ihrer Einleger modern. Der Zusammenbruch zahlreicher Provinzbanken mit seinen noch nicht annähernd begriffenen sozialen Auswirkungen ist größtenteils auf den Druck zurückzuführen, mit dem das Anleihematerial von Wallstreet in die Provinzbanken gepumpt wurde. Millionen schaffender Sparer sind um ihre Rücklagen gekommen, die in den USA bei dem Fehlen jeder Sozialversicherung eine viel wichtigere Rolle für die breite Masse spielen als in Europa.

Richard Ohrtmann.

sein, daß ein Teil der Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie davon abläßt, an der Verschärfung der Krise weiter zu arbeiten.

Warum schweigen die Gewerkschaften hartnäckig?
Rpt.

Handel mit der Ware „Handelspolitik“.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei stellt in ein- und derselben Entschließung zur Handelspolitik folgende Forderungen: „Die Fraktion verlangt, daß Devisen nicht für den sofortigen Bedarf notwendig und der Kapitalflucht zu dienen geeignet sind. Unter denselben Gesichtspunkten wird die schärfere Kontrolle und Erfassung der Ausfuhrdevisen gefordert. Dagegen lehnt die Fraktion eine Auslese von Einfuhrzwecken nach angeblich ‚volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten‘ ab, weil diese Auslese nicht sachgemäß ausgeführt wird und nur zu Mißbräuchen und handelspolitischen Schwierigkeiten führen würde.“

Wie soll der sofortige Bedarf ausgelesen werden, wenn für die Auslese von Einfuhrzwecken keine volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte maßgebend sein dürfen? Die Staatspartei fordert also gleichzeitig: auslesen und: nicht auslesen. Vor vieles bringt, wird jedem etwas bringen; nur sollte man diesen Handel mit Wahlparolen nicht „Handelspolitik“ nennen.

Organisierter Naturaltausch.

In Bremen soll eine Gesellschaft für internationalen Warenaustausch gegründet werden. Sie soll Handel ohne Devisen treiben oder fördern. Ihre Aufgabe ist, Möglichkeiten zum Abschluß von Tauschgeschäften aufzudecken. — Die natürlichen Organe zur Vermittlung des internationalen Warenaustausches hat man zerstört, also muß man künstliche Organe schaffen.

Ivar Kreuger als Bilanzfälscher.

Als IVAR KREUGER am 12. März Selbstmord begangen hatte, waren wir so unvorsichtig, auf Grund vieler Nachrichten zu schreiben: „KREUGER war in mancher Beziehung eine sympathischere Gestalt als andere Wirtschaftsführer.“ Nach eben eintreffenden Nachrichten müssen wir dieses Urteil zurücknehmen.

Die englische Revisionsfirma PRICE WATERHOUSE and Co., deren Sachverständige mit der Prüfung der Lage der Firma KREUGER & TOLL beauftragt sind, veröffentlichten am 5. April den folgenden vorläufigen Bericht:

„Ohne Zweifel stimmt die Bilanz der Gesellschaft vom 31. Dezember 1930 zwar mit der im Jahresbericht veröffentlichten konsolidierten Bilanz und mit den Büchern überein, gibt jedoch ein unrichtiges Bild von der wirklichen Finanzlage. Infolge persönlicher Anweisungen von Ingenieur KREUGER sind in den Büchern Eintragungen vorgenommen worden, durch die einerseits Bilanzposten, die die eigenen Schulden der Gesellschaft bei nahestehenden Unternehmungen oder Tochtergesellschaften betreffen, ausgelassen oder aber Buchwerte in bedeutender Höhe geschaffen worden sind. In einigen Fällen ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß auf diese Weise eingetragene Vermögensbestände entweder in hohem Maße überbewertet oder fiktiv waren oder auch in anderen Büchern gleichzeitig aufgeführt worden sind. Auch dort, wo die Aktiven wirklich vorhanden sind, sind sie in mehreren Fällen unter irreführenden Rubriken in die Bilanz eingesetzt. Es ist natürlich unmöglich, jetzt festzustellen, wie eigentlich die Situation am 31. Dezember 1930 war; die bisher vorliegenden Tatsachen geben Grund zu der Annahme, daß in der Bilanz eine viel bessere Lage ausgewiesen ist, als sie wirklich vorhanden war. Diese Buchmanipulationen scheinen sich auch auf die Gewinn- und Verlustkonten der einzelnen Gesellschaften erstreckt zu haben. Durch fiktive Posten ist eine erhebliche Erhöhung des Gewinns für 1930 erzielt worden.“

Ähnliche Entdeckungen sind inzwischen bei der Continental Investment Co., einer Tochtergesellschaft der International Match Corporation, gemacht worden.

Der viel gefeierte IVAR KREUGER, von dessen „unbedingter Zuverlässigkeit“ immer wieder die Rede war, gehört also in die Reihe: Favag-Direktoren, KATZENELNBOKEN, SELAREK.

Die Welt hat ihn bestaunt, weil es ihm gelang, Millionen zusammenzubringen und Staaten gegenüber als Geldgeber aufzutreten. Daß er trotzdem nicht jeden Tag in Sekt badete, schien Anlaß genug, ihn für einen Charakter zu halten. Das zeigt, wie sehr die meisten den Maßstab dafür, was ein Charakter ist, verloren haben in einer Umgebung, in der die Ausbeutung eine gesetzlich geschützte Einrichtung ist und in der nur über das allgemein übliche Maß hinausgehende Ausbeutergeschäfte wie Taschendiebstahl und Raubmord, unter Strafe gestellt werden.

Charaktere können durch Erziehung gebildet werden. Es wäre aber Kräftevergeudung, für Personen wie KREUGER innerhalb des kapitalistischen Systems eine bessere Erziehung zu fordern. Die normale Erziehung ist auf die normale Ausbeutung beschränkt und muß die normalen Bilanzen fälschen.

Unsere Aufgabe ist, Charaktere zu erziehen, die sittlich fest bleiben im Kampf gegen das kapitalistische System, die sich von den Vertretern dieses Systems durch nichts bestechen lassen, auch nicht durch das Anerbieten, an der Ausbeutung aktiv teilzunehmen.

Für die Gestaltung der künftigen Wirtschaftsverfassung geben die Erfahrungen mit den heutigen Wirtschaftsführern außerdem zu bedenken:

1. Führung ist eine Frage des Charakters.
 2. Je größer und verzweigter eine Untersuchung ist, desto größer ist die Belastungsprobe für den Charakter des Führers.
- Es kommt also darauf an, einerseits Charaktere für Belastungsproben durch Erziehung zu stählen, andererseits die Wirtschaftsverfassung so zu gestalten, daß die Belastungsprobe für möglichst viele Menschen nicht allzu groß ist. Rpt.

HOLLAND

Zollerhöhungen: Der Zuschlag zu den Zöllen für die Einfuhr nach Niederländisch-Indien soll von 20 auf 50 Prozent erhöht werden. Unberührt von dieser Maßnahme bleiben nur die Zollsätze für Baumwollmanufaktur. — Die erhöhten Zollsätze sollen bis Ende dieses Jahres gelten, und man erwartet von ihnen eine Mehreinnahme von 12,5 Millionen Gulden (rund 21 Millionen Mark).

Schiffahrt: Die Holland-Amerika-Linie (Rotterdam) hatte im Geschäftsjahr 1931 einen Betriebsverlust von 1,1 Million Gulden (rund 1,9 Million Mark). — Die Stoomvaart Mij. Neederlandsche Lloyd, eine der holländischen Großreedereien, schließt im Geschäftsjahr 1931 mit einem Gesamtverlust von 320 000 Gulden ab (rund 544 000 Mark). — Der Betriebsgewinn der größten holländischen Linienreederei, Konink. Neederlandsche Stoomboot Mij. N. V., ist von 3,4 Millionen Gulden (rund 5,8 Millionen Mark) im Jahre 1930 auf 334 000 Gulden (rund 568 000 Mark) im Jahre 1931 zurückgegangen.

DEUTSCHLAND

Zins für Auslandsanleihen ermäßigt: Die Reichsbank zahlt ab 1. April nur noch 6 Prozent für den restlichen Auslands-kredit von 90 Millionen Dollar, statt wie bisher 8 bis 9 Prozent (einschließlich Provision u. s. w.).

Die Reichsbank gibt Devisen nicht mehr her zur Bezahlung von Auslandszinsen, die 7 Prozent übersteigen. Die Schweizer und Holländer Stillhaltgläubiger haben sich bereit erklärt, für Kassenvorschüsse künftig 7 bis 8 Prozent zu berechnen. Das Komitee der englischen Stillhaltgläubiger hat offiziell eine Empfehlung veröffentlicht, die Zinssätze nicht mehr als 2 Prozent über dem englischen Bankdiskont festzusetzen, jedoch mindestens auf 6 Prozent. Aus New York kommt die Meldung, daß die amerikanischen Banken bereit sind, sich mit 6 Prozent Zinsen zu begnügen, wenn alle Stillhaltgläubiger den Zinssatz so weit herabsetzen.

Konkurse und Vergleichsverfahren: Die Zahl nimmt ab! Im März wurden 975 Konkurse und 769 Vergleichsverfahren bekannt gegeben. (Im Februar: 1091 Konkurse und 789 Vergleichsverfahren.)

Das nennen sie Handelspolitik.

Geschwätz und Schweigen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in der vorigen Woche zur Handelspolitik eine Erklärung veröffentlicht (vergleiche Nr. 76 und 78 des „Funkens“), aus der man nichts anderes herauslesen konnte als: Die Devisenbewirtschaftung soll mehr als bisher als Mittel der Handelspolitik benutzt werden; sie soll dienen zur Fernhaltung unerwünschter Einfuhr.

Nachträglich wird aus Kreisen des Reichsverbandes jene Erklärung in einer Weise „erklärt“, wie es trotz aller Verklammerung der ersten Erklärung wohl niemand erwartet hatte: Die Umgestaltung der Devisenbewirtschaftung soll erst dann in Frage gezogen werden, wenn andere Mittel nicht dazu ausreichen, die deutsche Devisenlage zu bessern. Als andere Mittel, die zunächst zur Anwendung kommen sollen, werden genannt: Verhandlungen zur Herabsetzung der Zinsen für Auslandschulden (sie sind in Gang); schärfere Erfassung der Devisen, die für die Ausfuhr herinkommen; Beschränkung überflüssiger Vorratsbildung an eingeführten Rohstoffen.

Bei dem geschwätzigen Hin und Her der „Handelspolitik“ des Reichsverbandes ist sicher als Ergebnis zunächst nur herausgesprochen, daß viele Verarbeiter ausländischer Rohstoffe sich schleunigst noch eingedeckt haben, um Zwangsmaßnahmen vorzuzukommen, — daß die Vorräte an eingeführten Rohstoffen also gestiegen sind.

Nach der „Erklärung“ der Erklärung werden wir bis zur Präsidialsitzung des Reichsverbandes am 22. April hoffentlich keine weiteren handelspolitischen „Aktionen“ des Reichsverbandes zu erwarten haben.

Wenn die freien Gewerkschaften vor diesem Tag endlich ihren Einfluß in die Waagschale werfen, kann es sehr wohl

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 89460 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 82 A

BERLIN • Freitag, den 8. April 1932

1. JAHRGANG

Kampf dem Faschismus!

Was soll die Arbeiterschaft tun?

W-er. Der preußische Innenminister SEVERING hat das bei den NS beschlagnahmte Material dem Oberreichsanwalt übergeben. Wir haben gestern dieses Material auszugsweise wiedergegeben, aus dem deutlich die Pläne der NS hervorgehen: mit Hilfe eines Putsches das „Dritte Reich“ einzurichten.

Daß sich diese Pläne und dieses Reich gegen die Arbeiter, und nur gegen sie, richtet, ist Menschen mit Verstand längst klar geworden.

Wir haben gerade in dieser Zeit uns bemüht, Gründe und Material zur Bekräftigung dieser Ansicht beizubringen. Auch die heutige Nummer zeigt dies. Es ist also verständlich, daß das außer Rand und Band geratene Bürgertum sich im allgemeinen nicht ernsthaft um die Beseitigung der SA- und anderer Bürgerkriegsbanden bemüht, sondern nur gegen die größten Auswüchse der Terrorbanden protestiert. Und es ist also auch verständlich, wenn auch natürlich rechtlich unerhört, daß der Oberreichsanwalt zwar gegen Kommunisten ungeheuerliche Urteile fällen läßt, daß er aber gegen NS-Leute im Schlage der Boxheimer Helden vorzugehen für überflüssig, jedenfalls für nicht eilig hält.

Wenn wir demnach nicht sehr überrascht sind über die Dummheit der ausführenden bürgerlichen Organe des deutschen Klassenstaates, der sich noch immer unbestanden Republik nennen darf, so ist gerade deswegen schärfstens die Frage zu erheben und ebenso zu beantworten: Was tut die deutsche Arbeiterschaft und ihre Führer gegen die menschlich und politisch gleich große Schande der NS-Banden?

Der „Vorwärts“ und die „Rote Fahne“, also die Zentralorgane der größten deutschen Arbeiterparteien, halten sich in ihrem Protest gegen die NS-Pläne durchaus im Rahmen der bürgerlichen Proteste. Der „Vorwärts“ fordert: „Nun aber Schluß!“, ohne zu sagen, wer eigentlich Schluß machen soll. Er zitiert lediglich zum Beispiel die „Germania“: „Das deutsche Volk aber wird nun schon am kommenden Sonntag zeigen müssen, daß es gewillt ist, mit diesem System, nämlich dem des Bürgerkrieges und seiner heimlichen Rüstung, gründlich aufzuräumen.“ Damit meint der „Vorwärts“ zusammen mit der „Germania“, daß durch die Wahl HINDENBURGS diesem „System“ (der SA) der Rücken gebrochen sei.

Da HINDENBURG bereits sieben Jahre im Amt ist, hätte er Zeit genug gehabt, uns zu zeigen, wie er mit diesem System aufzuräumen gedenkt. Tatsächlich ist es gerade unter seiner Amtszeit besonders munter geworden und, wie die „Rote Fahne“ sehr treffend bemerkt, „ist die SA unter SEVERINGS Augen ausgerüstet“ worden. Wer aber nach dieser Bemerkung nun erwartet hätte, daß die Kommunistische Partei mehr vorschlägt als der „Vorwärts“, ist im Irrtum; denn ihre positive Forderung an dieser Stelle sieht so aus: „Wer den Faschismus schlagen will, muß mit dem einzigen antifaschistischen Kandidaten, ERNST THÄLMANN, mit der Kommunistischen Partei kämpfen.“ Dieser „einzige antifaschistische Kandidat“ hat durch seine irrsinnige Parole der Beteiligung am HITLERschen Volksentscheid und durch viele andere Tor-

heiten gezeigt, daß er in bezug auf den Kampf gegen den Faschismus eine sehr unglückliche Hand hat. Statt also mit seiner einzigen antifaschistischen Kandidatur zu protzen, hätte er lieber Wege vorschlagen sollen, wie man dem Faschismus nicht nur allgemein mit Phrasen, sondern konkret mit durchführbaren Handlungen entgegentritt.

Die „Rote Fahne“ schreibt zwar, völlig richtig: „SEVERING verbietet die SA nicht“, und sie meint dazu, ebenso richtig: wenn dies nicht geschieht, so bleibt die ganze SEVERINGSche Aktion eher eine Wahlhilfe für HITLER als ein Stoß gegen ihn.

Die Frage ist aber gerade, wie wir über diese rein akademische Feststellung hinaus zu Taten kommen, vor denen der Faschismus in die Mäuselöcher kriecht. Und hier, wir wiederholen es, versagt die Kommunistische Partei genau so wie ihre Schwester: die SP.

Genau so versagen vor allem die Freien Gewerkschaften.

Gerade wer die veröffentlichten Dokumente der NS auch nur flüchtig liest, muß daraus sehen, daß hier eine so unmittelbar drohende Gefahr vorliegt, daß die Arbeiterschaft gar nicht zu schnell auf den Plan gerufen werden kann.

Hier hätten die Freien Gewerkschaften mit einer Riesendemonstration, vielleicht sogar einem befristeten Proteststreik einsetzen müssen, und sich nicht eher beruhigen dürfen, bis wirklich etwas gegen die SA geschehen wäre, sei es, daß der Oberreichsanwalt die Anklage erhoben hätte, oder der Untersuchungsrichter die Beschuldigten vorläufig hätte festnehmen lassen, oder, was weitaus mehr im Bereich der Aktionskraft der Gewerkschaften gelegen hätte: daß der „kleine Metallarbeiter“ die SA verboten hätte. Wenn die Gewerkschaften SEVERING nötigen könnten, wozu er sich von selber nicht entschließen wird: gegen die NS so energisch vorzugehen wie gegen die Kommunisten und den „Rotfrontkämpferbund“, so wäre das eine Tat, die schwerer wäge, als hundert Protestresolutionen und Leitartikel. Hier zeigt sich auch die Bedeutung der Hammerschaften, die den Widerstand gegen die Nazisierung auf längere Sicht zu organisieren hätten. Aber solange die Gewerkschaften solche — oder ähnliche — Aktionen nicht veranstalten, zu denen sie auch die politischen Arbeiterparteien heranziehen könnten, solange wird das NS-Pack dem Staat und der Arbeiterschaft auf der Nase herumtanzen und solche Komödien vorführen wie vor kurzem die Gewaltkolonnen der NS, die durch eine polizeiliche Aktion veranlaßt worden sind, ihre Rollkommandoquartiere in Berlin von der Hedemannstraße nach der drei Minuten entfernt liegenden Markgrafenstraße zu verlegen.

Wir fordern die Gewerkschaftsführer und die Kollegen auf, keine Zeit zu verlieren, sondern die Gelegenheit zu nützen und der Nazibewegung durch wichtige Taten klarzumachen, daß die Arbeiterschaft unabhängig von Oberreichsanwälten, Polizeipräsidenten und Innenministern preußischer und deutscher Farbe gewillt ist, sich die braune Schmach vom Halse zu halten.

AUS DEM INHALT:

Die zwei Programme der NS.
Die politische Krise.
Justiz gegen Links.
Auf dem Wege zum Transport-Monopol.
Französische Arbeiterstimmen zur Krisenbekämpfung.

Zu beiden Seiten des Kanals.

Die englisch-französische Verständigung.

Von Gerhard Kumleben.

Während sich die französische Regierungspresse in Lobreden über den Wert der französisch-englischen Freundschaft ergeht, bietet die rauhe Wirklichkeit mannigfache Beispiele drohender Konflikte zwischen den Regierungen dieser beiden Länder. Denn unter den fünf Hauptfragen, über die in letzter Zeit zwischen London und Paris verhandelt wurde, ist nur eine, in der sich die Regierungen dieser Staaten einig sind: Sie wollen beide erreichen, daß die Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden an Amerika eingestellt werden.

In den anderen vier großen Problemen der Beziehungen dieser Mächte stehen sich die imperialistischen Interessen ihrer herrschenden Klassen völlig entgegen.

In der Sache der Abrüstung wünscht die französische Regierung ihre militärische Stärke zu erhalten, zugleich will sie die Sicherheit gegen Angriffskriege durch Schaffung einer internationalen Armee herstellen. Die englische Regierung zieht dagegen eine Teilabrüstung vor, die die kontinentalen Mächte ohne Ausnahme erheblich schwächt, ohne daß eine internationale Armee zur Sicherung des Friedens geschaffen wird.

In der Reparationsfrage wünscht die französische Regierung Aufrechterhaltung oder doch nur geringfügige Abänderung der vor dem Hoover-Moratorium geltenden Zahlungsverträge, während die englische Regierung keineswegs starr auf der Einhaltung jener Verträge besteht.

Die französische Regierung möchte die Donaupföderation unter dem ausschließlichen „Schutze“ ihrer Kapitalisten und Politiker sehen, während die englische Regierung einen Donaubund vorzieht, in dem auch ihre Stimme, vor allem aber auch die der anderen kontinentalen Großmächte zur Geltung kommen.

Schließlich wollen in der Frage der Handelsbeziehungen beide Mächte die Einfuhr durch Zölle und Kontingentierungen beschränken, während jede die eigene Ausfuhr in das andere Land zu steigern sucht.

Worauf beruhen diese Gegensätze? Durch den Ausfall der Reparationen werden die französischen Staatsfinanzen betroffen, die englischen dagegen nicht. Natürlich suchen die französischen und englischen Kapitalisten sich den Rang abzulaufen in der Finanzierung von Unternehmungen in den Donauländern, wenn die Kapitalanlagen in diesen Ländern durch die Kontrolle von Seiten der europäischen Großmächte gesichert sind. Natürlich möchte jeder seine Märkte vor fremder Konkurrenz schützen, dabei aber die Nachbarn mit seinen Produkten überschwemmen. Aber diese Interessen reichen nicht aus zur Erklärung der französisch-englischen Spannung, die in den letzten Tagen zu erbitterten Pressefehden auf beiden Seiten des Kanals geführt hat.

Vielmehr muß man die tiefgehende Verschiedenheit der imperialistischen Politik der beiden großen europäischen Mächte in Betracht ziehen. Daß die englische Politik darauf abzielt, die kontinentalen Mächte gegeneinander auszuspielen und so zu erreichen, daß keine von ihnen für England zu stark wird, ist der Angelpunkt englischer Kontinentalpolitik und durch zahlreiche Beispiele aus der englischen Geschichte belegt. Die französischen Machthaber dagegen versuchen, ihre Vormachtstellung auf dem Kontinent zu behaupten.

Regierungsbildung in Mecklenburg-Strelitz.

Die Fraktionen der DNVP und der NSDAP haben heute die Regierungskoalition vollzogen. Vereinbart wurde folgendes: 1. Die beiden Parteien schließen sich zu einer Zusammenarbeit im Interesse des vom Marxismus völlig zu reinigenden Staates zusammen. 2. Staatsminister Dr. von MICHAEL wird in seinem Amt ohne Neuwahl bestätigt. 3. Abgeordneter Dr. STICHTENROTH tritt als Staatsrat in die Regierung ein mit einer vereinbarten, die nationale Zusammenarbeit gewährleistenenden Geschäftsordnung.

Damit ist eine neue Naziregierung geschaffen worden.

Die Ertappten schwören!

W-er. Aus verschiedenen Teilen Deutschlands laufen bei GROENER, den die NS wohl für nazifreundlicher halten als SEVERING, Proteste und eidesstattliche Versicherungen ein, daß „am 13. März keinerlei Putschabsichten bestanden haben und auch Anweisungen hierzu von vorgesetzten Dienststellen nicht ergangen“ seien (SA-Führer des Gausturms Essen) und „wonach sie (die SA-Führer Pommerns) und ihre Verbände niemals landes- oder hochverräterische oder illegale Handlungen vorgenommen hätten“.

Daß GROENER darauf reinfällt, muß man annehmen, auch SEVERINGS Verhalten ist undurchsichtig — nur die Arbeiterschaft selber kann das eidesstattliche Schwindelgebäude zerstören.

ten, indem sie gewisse Staaten von sich abhängig machen und mit ihnen einen Block bilden, der andere Staaten — im Augenblick besonders Deutschland und Italien — im Schach halten soll. Aus diesem Gegensatz erklären sich die großen politischen Gegensätze, von denen hier die Rede ist.

Es handelt sich also um die Fortsetzung eines alten Zwistes zwischen französischen und englischen Imperialisten und keineswegs einfach um ein Wahlmanöver TARDIEUS — das jedoch als Teilfaktor nicht übersehen werden darf — oder gar um eine Auseinandersetzung, die durch die Feindseligkeit „Frankreichs“ gegenüber Deutschland verursacht ist.

Die Reise TARDIEUS nach London dient keinem anderen Zwecke als dem, in allen den erwähnten Streitpunkten einen für die französische Regierung möglichst günstigen Kompromiß einzuhandeln, bevor die Abrüstungskonferenz in Genf (am 11. April) die Reparationskonferenz in Lausanne (im Juni) und die Konferenzen über den Donaubund (zunächst die Viermächtekonferenz in London etwa am 8. April) Beschlüsse fassen werden.

Uebrigens wird — wie wir schon vorgestern andeuten — die Lage zur Zeit, wenn man die Chancen Englands und Frankreichs gegeneinander abmisst, in einflußreichen Kreisen so beurteilt, daß sich die wirtschaftliche Lage in Europa zu Gunsten Englands entwickelt, während Frankreich ins Hintertreffen gerät. Diese Prognosen bekommen ihre Grundlage durch die Erwägung, daß das britische Budget einen Ueberschuß zeigt, das französische dagegen eine gewaltige Unterbilanz enthält. Dazu kommt, daß die Steuereinnahmen in Frankreich zurückgehen, die Industrien vielfach Hilfe brauchen, der Import und Export seit der Franco-Stabilisation seinen Tiefstand erreicht hat. Die Regierung wird also pumpen müssen, um ihr Defizit zu decken. Das englische Pfund dagegen hat sich erholt, und man spricht bereits davon, daß England zum Herbst in der Lage sein wird, den „zuverlässigen“ auswärtigen Staaten durch Anleihen wieder unter die Arme zu greifen. Es ist nach alledem nicht ausgeschlossen, daß England die Rolle Frankreichs, den Bankier in Mitteleuropa zu spielen, zurückerobert. England erhofft von diesem Plan natürlich zugleich, das politische Uebergewicht Frankreichs auf dem Kontinent in Schach zu halten. Das TARDIEU-Regiment wird im Gefolge dieser Erwägungen so angesehen, daß es von der Offensive langsam zur Defensive zurückgedrängt wird.

Einstweilen laufen die beiden Regierungen noch in den Bahnen der Annäherung. Jede solche Annäherung wird notwendig durch zwei Gesichtspunkte bestimmt werden:

1. Wenn die zwei großen imperialistischen Regierungen sich einigen, so geschieht dies, ohne die Interessen der betroffenen anderen Staaten um ihrer selbst willen in Betracht zu ziehen. Für diese Betroffenen werden nur zufällig Vorteile herauspringen, soweit dies den Interessen der den Kompromiß Schließenden entspricht. Die anderen Staaten werden hier also nur als Mittel zu den Zwecken der Imperialisten Frankreichs und Englands gebraucht.

2. Das Maß, in dem die englische Regierung bereit sein wird, der französischen entgegenzukommen, wird durch die Worte AUSTIN CHAMBERLAINS ausgedrückt: „Eins habe ich begriffen, nämlich, daß eine europäische Politik ohne Frankreich unmöglich ist und daß Frankreich, damit es seine Mitarbeit in Europa zur Verfügung stellt, sich sicher fühlen muß.“ Mit anderen Worten: Frankreich fühlt sich bedroht; wenn wir (die Engländer) seine Hilfe gewinnen wollen, so müssen wir ihm das Gefühl der Sicherheit verschaffen.

Durch diese beiden Bedingungen ist jeder Kompromiß zwischen der französischen und der englischen Regierung vorgezeichnet, welches auch immer die Einzelheiten der Abmachungen zwischen ihnen sein möge.

Daß dabei wesentliche Vorteile für die Allgemeinheit herauspringen, ist unwahrscheinlich.

Vor allem müssen wir davor warnen, aus der Einigung zwischen Frankreich und England, die der Regierung TARDIEU etwas von ihrem Monopolcharakter rauben könnte, noch gar aus einer Beugung Frankreichs unter englische Wünsche — aus dieser Tatsache allein auf eine größere Freiheit für die deutsche auswärtige Politik zu schließen. England hat andere Methoden, sich die Gegner fernzuhalten und selber den Fuß vorzuschleichen als Frankreich. England steht gern da, mit den Händen in den Hosentaschen und tut so, als ginge es der Kontinent einen Dreck an. Frankreich rasselt gleich mit dem Schwert und redet von der großen Rolle, die ihm seine Geschichte von Europa anweist. An sich ist das Eine so unliebsam wie das Andere. Auf den „Erbfeind“ aber schielen die Deutschen, während sie die hinterhältige Gleichgewichtspolitik der Briten viel schwerer durchschauen.

In Wahrheit ist die Bereinigung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland in militärischer

und wirtschaftlicher Hinsicht von weit größerer Bedeutung als ein Bündnis mit England — aus mehr als einem Grunde. Sollte es sich daher wirklich so verhalten, daß die französische Politik aus ihrer Vormachtstellung herausgleitet, so wäre das für eine kluge Verständigungspolitik der politischen Leiter in der Wilhelmstraße eine ausgezeichnete Verhandlungsbasis. Sie müßten es sich allerdings verkneifen — was gewiß einige Beherrschung kostet —, die französischen Unterhändler dauernd auf den Umschlag der Witterung aufmerksam zu machen. Sie könnten sich dabei als sehr schlechte Wetterpropheten enttun. Es steht mehr auf dem Spiele, als sich den Rang abzulaufen im Auftrumpfen.

Die wirtschaftliche und politische Konstellation bietet allen Anlaß, jetzt in London, Genf und Lausanne zu Rande zu kommen. Aber die „Ideologie“ geht oft ihre eigenen Wege. Manchmal möchte man wünschen, der Marxismus hätte recht darin, daß der ökonomische Unterbau den „Oberbau“ dirigiert!

Die politische Krise. Wie wird sie enden?

Die Veröffentlichungen über den HITLERSCHEN Machtapparat legen es nahe, eine Reihe politischer Tageskämpfe ins Licht der Frage zu rücken, welche Kräfte hier eingesetzt werden.

Bauernrevolte in Dänemark.

d Kopenhagen, 6. April.

Nach Beendigung der Protestkundgebung in Stenderup, auf der sehr scharfe Reden gegen Dänemark gehalten wurden, sammelten sich etwa 700 Bauern um das ehemalige Gehöft NISSENS, der in einem in der Nähe liegenden Hause mit seiner Familie Unterkunft bekommen hatte. Ein paar Bauern hatten bereits den Gartenzaun des Gehöftes überschritten, als plötzlich Schutzleute, die im Gehöft stationiert waren, auf sie losgingen und sie mit ihren Gummiknüppeln bearbeiteten. Die Bauern leisteten Widerstand, und es kam zu einem wüsten Handgemenge, das erst durch das Eingreifen der Kopenhagener Schutzleute nach 1½ Stunden beendet werden konnte. Auf der Versammlung wurden geharnischte Reden gegen Dänemark gehalten. Ein Redner verlangte, daß Nordschleswig eigene Wege gehe. Man dürfe Kopenhagen keine Treue mehr halten. Es wurde mit Jubel aufgenommen, als ein anderer erklärte, Nordschleswig habe 1000 Jahre lang für seine Freiheit gekämpft, jetzt müsse es sich vielleicht auf eigene Füße stellen.

Auf einen Besuch der Bauernführer beim dänischen König hin wurde die Kopenhagener Schutzmannschaft aus Stenderup zurückgezogen.

Arbeitslosenaufrüstung in Neufundland.

in London, 6. April.

Zu dem Aufstand in St. Johns (Neufundland) wird noch folgendes berichtet: Nach einer Massenversammlung zogen etwa 15 000 Menschen vor das neufundländische Parlament. Eine Abordnung verlangte Aufklärung über eine Reihe von Beschuldigungen gegen den Ministerpräsidenten Sir RICHARD SQUIRES und einige Minister wegen Aktenfälschung über Kabinettsitzungen und wegen Betruges. Während die Abordnung verhandelte, stürmte die aufgeregte Menge unter den Rufen „Die Regierung muß zurücktreten“ und „Werft den Ministerpräsidenten in den Hafen“ das Gebäude. Sie zerstörten alles, was sie in den Räumen fanden. Es entspann sich ein Handgemenge mit den Polizisten, in dem diese unterlagen.

Die Herrschaft dieser Massen dauerte nicht lange. Schon am Mittwoch morgen wurde der Aufstand niedergeschlagen — nachdem die Kriegsteilnehmerverbände 300 Mann zum Schutz der Regierung und der Polizei eingesetzt hatten. Regierungsmitglieder und Polizei konnten das Parlamentsgebäude ungefährdet verlassen, worauf sich dann auch sofort herausstellte,

daß die Regierung ihr Rücktrittsgesuch noch gar nicht eingereicht hat.

Setzerstreik in Budapest.

in Budapest, 6. April.

Das sozialdemokratische Parteiorgan „Nepszava“ ist von der ungarischen Regierung wegen Aufhetzung zur bewaffneten Aktion verboten worden. Die Gewerkschaft der Setzer und Drucker antwortete darauf in der Nacht zum Mittwoch mit dem Beschluß zum Streik.

Im Abgeordnetenhaus verlas am Mittwoch namens der Sozialisten der Abgeordnete FARKAS eine Erklärung, in der er sich über den Streit mit der Regierung wegen des Verbotes der „Nepszava“ äußerte. Es heißt darin, daß die Regierung KAROLYI eigentlich nur eine Fortsetzung der Regierung BETHLEN sei und einer Diktatur zustrebe. Die Arbeiterschaft müsse bereit sein, ihre historische Aufgabe zu erfüllen.

Ministerpräsident Graf KAROLYI ergriff sofort das Wort und erklärte: Was die Sozialdemokraten in ihrer Erklärung sagen, entspreche nicht den Tatsachen. Die Sozialisten betrieben nicht nur die Aufwiegelung gegen die andere Klasse, sondern reizten zu offener bewaffneter Revolution (starke Zustimmung rechts).

Die Setzer haben den Abbruch des Streiks beschlossen, da die Regierung nur unter dieser Bedingung zu Verhandlungen bereit ist.

Welche Macht kann die Arbeiterschaft aufbieten, um der faschistischen Gefahr Herr zu werden, die von allen Seiten auf sie lauert? Ihr fehlen die zahllosen Helfershelfer, die ihrem Gegner den Aufbau seiner Organisation erleichtern. Sie ist angewiesen auf die Kraft der eigenen Klasse.

In Lettland ist in diesen Tagen der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zusammengetreten. Sein Schlußergebnis läßt die Hoffnung aufkommen, daß hier die Bereitschaft zum Kampf gegen den Klassengegner den Parteihader innerhalb der Arbeiterschaft überwunden hat.

Der Hauptstreit auf dem Parteitag drehte sich um die außenpolitischen Parolen. Einem gemäßigten Flügel der Partei, der einen Anschluß Lettlands an Estland und Litauen forderte, um Lettland von dem kommunistischen Rußland unabhängig zu erhalten, standen radikalen Genossen gegenüber, die die wirtschaftliche Einigung Lettlands mit Rußland forderten. Sie warfen der Regierung vor, diese habe das Schicksal des lettland-russischen Handelsvertrags mit gefährlicher Gleichgültigkeit behandelt.

Die Mehrheit des Parteitages stellte sich hinter die rußlandfreundliche Gruppe der Partei, deren Parolen daher angenommen wurden.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pachtelreiter-Verlag, Berlin

(81. Fortsetzung.)

Belebender Lärm zerbricht Brandts Fiebergedanken. Schüsse knallen. Ueber Treppen und Korridore braust und zittert es wie von anrauschenden Wassern.

Die Truppen, die den Vorgarten und die Portale des Ministeriums besetzt hielten, haben die angekurbelten Massen nicht zum Stehen gebracht. An der Spitze des einbrechenden Stromes fegt die rothaarige Rhée. Seit der Schlacht auf dem Champ de Mars ist sie wie ein lodernder Irrwisch durch Paris geschleift worden. Brandt sehen! Ihm nahe sein! Brandt lebt! Diktator Frankreichs. Wer hat ihn in den Sattel der Macht geschleudert? Wer hat ihn den Händen seiner Henker entrissen? Ohne den Ausbruch der Revolution wäre er ein Verlorener gewesen! Und sie, Rhée Landrux, kommandierte gestern Abend auf dem Quai d'Orsay den ersten Schuß! Und jetzt soll sie sich vor waffenunstarren Portalen abweisen lassen? — Ehe die überrumpelten Truppen zur Besinnung kamen, war sie mit einer Meute von ein paar hundert Menschen vorbeigerast. Erst hinter ihnen konnten die Uniformen wieder die nachdrängende Brandung abriegeln.

Rhée fliegt die Marmorstufen hinan. Vier-, fünfhundert Menschen, die ihr blindlings nachgekeucht sind, brechen auf den Teppichläufern erschöpft zusammen. Sie wollen ja nichts weiter als einen Zufluchtsort: vielleicht sind die Mauern eines Ministerpalais ein göttliches Amulett gegen fressende Giftgase! Warum soll auch Menschendreck, wenn er schon für den Schindanger bestimmt ist, nicht auf schwellenden Ministerleppichen den Fangstoß bekommen statt in stinkenden Straßengassen! Vielleicht ist das Verrecken leichter zwischen Gobelwänden und Rokokostühlen . . .!

„Brandt! . . . Brandt! . . .!“ Tausendfältiger Anruf draußen und drinnen eines Namens, der den Ausbruch des Jüngsten Gerichtes beschwören soll.

„Brandt! . . . Brandt! . . .!“ Flehend, fordernd ausgestoßener Schrei zum Himmel, der anreitenden Vernichtung Halt zu gebieten.

„Brandt! . . . Brandt! . . .!“ Kindlich-sinnloses Vertrauen zur Kraft eines Einzigen, weil er doch Frieden und Leben verheißen hat.

Oben, zwischen Tür und Angel, prallt die Landrux mit Brandt zusammen. Germaine, deren Gestalt im Schatten der Zimmerecke kaum erkennbar ist, hält den Atem an, als sie die klirrende Stimme der Rothhaarigen hört.

„Brandt, endlich finde ich Sie! Und Sie hielten mich längst für erledigt? Die ganze Nacht habe ich um Ihr Leben gezittert! Frankreich gehört Ihnen! Sehen Sie mich nicht so entgeistert an! Hier, fühlen Sie meine Hände! Ich bin wirklich bei Ihnen! Wo sind im Augenblick die feindlichen Geschwader gemeldet? Reden Sie doch, Brandt! Haben Sie die Sprache verloren . . .“ Sie drängt ihn über die Schwelle ins Zimmer.

Germaine sieht die beiden Brust an Brust stehen. Sie fühlt instinkthaft, daß jetzt zwischen den Antipoden ein unheimlicher Ausbruch bevorsteht. Sie sieht Brandts Fäuste, die reglos herunterhängen, sie sieht die Glut der Stirnarbe drohend aufgewölbt. Im nächsten Augenblick werden seine Finger Rhées Hals würgen . . .

Aber er spricht nur einen Satz, mit so kalter Ruhe, daß es Germaine über den Rücken schauert.

„Sie verdienen unten ans Portal genagelt zu werden, ich will Ihnen aber eine Flintenkugel nicht verweigern!“

Rhées Hände greifen rückwärts, suchen Halt am Türpfosten. Plötzlich lacht sie schrill auf. „Sind Ihre Nervenstränge gerissen! Ich kann den Pfeil spielend leicht umkehren . . .!“

Brandt schiebt sie mit rücksichtsloser Bewegung zur Seite. „Sie sind nicht wert, die gleiche Luft mit mir zu atmen.“

Germaine fliegt aus ihrem Dunkel hervor. Sie sticht, wie Rhée nach dem Griff der Pistole faßt, die ihr am Riemen vom Hals hängt.

Rhées Samtaugen erstarren. Erst jetzt bemerkt sie die blonde Aristokratin. Sie kommt sich jäh wie eine Geschändete vor. War sie nur Zutreiberin für die andre? In den Eisengittern des Eiffelturmes hat sie den Tod herausgefordert um eines Mannes willen, der unterdessen zwischen weichen Polstern sein Schäferstündchen genöß . . .

„Und Ihretwegen sterben jetzt Abertausende . . .!“ Haß und Hohn sprudeln von ihren Lippen. „Wissen Sie, was Sie sind! Ein Deserteur der geprellten Proletarierarmee! Reißten Sie alle Fenster auf! Schreien Sie Ihren Verrat hinunter in die Hirne der betrogenen Massen!“

Brandt schießt die Wut aus den Augen: „Sie haben mein Lebenswerk in Stücke geschlagen! Sie haben mich zum Zerrbild und Teufel der Welt gestempelt! Ich verfluche Sie, weil Sie mein Wesensbild verhöhnt und gefälscht haben . . .“

„Verräter! Imperialist . . .!“

Brandt drückt ihr den Mund zu. „Ihr romantischen Verbrecher, die ihr Freiheit und Frieden mit Kanonen in die Menschen hineinschießen wollt!“

„Alles Schwindel und Verrat! Ihre berühmte ‚Union‘ war Irrsinn! Ihre phantastischen Phrasen . . .“

Brandt hebt die Faust über ihrem Kopf. „Für uns beide ist kein Raum in Frankreich!“

„Dann sind Sie an der Reihe, zu verschwinden . . .“ Ihr hochgerissener Arm schnell mit der Pistole in die Waagrechte. Brandt steht ohne Bewegung. Ein fernes Lächeln irrt über sein zerquältes Gesicht. Schießen! Schießen! Warum drückt der rote Teufel nicht ab . . .!

Germaine umklammert die Hand der Mordentschlossenen. Langsam tritt Brandt auf die beiden Frauen zu. Mähelos löst er die Pistole aus der plötzlich seltsam willenlos Mörderhand. Er erkennt plötzlich die Tragik der Todfeindschaft. Gestern Abend, als sie sein Leben verspielt glaubte, zog sie zum Quai d'Orsay, den zu retten, den sie mit irrer und kranker Leidenschaft liebte . . . (Fortsetzung folgt.)

Die zwei Programme der NS

und ihre ökonomische Grundlage.

Die stählerne Achse: die Inflation.

Rpt. Für die nahezu unheilbar Blinden ein Wort zum Kerstück des in tausenden von Volksversammlungen breitgetretenen Wirtschaftsprogramms der NS. Dessen „stählerne Achse, um die sich alles dreht“ (FEDER), ist bekanntlich die Brechung der Zinsknechtschaft. Zu diesem Zweck sollen Bau- und Wirtschaftsbanken gegründet werden, die Geld drucken und zinslos ausleihen „für alle großen öffentlichen Aufgaben“ (FEDER).

Daß dies Verfahren Inflation ist (deutsch: Aufblähung des Zahlungsmittelumsatzes), ist völlig klar. Die geplante Geldvermehrung führt notwendig zu Preissteigerungen und damit zur Verringerung der Kaufkraft der Massen. Denn das Einzige, was diese Wirkung hintanhaltend könnte, nämlich eine gleichzeitige erhebliche Steigerung der auf den Markt kommenden Gütermenge, findet im Fall der Finanzierung von Bauten gerade am allerwenigsten statt. Wenn die Baubank zum Bau eines Hauses im Wert von 10 000 Mark die Noten zur Verfügung stellt, so strömen 10 000 Mark Noten zum größten Teil über die Bauarbeiter rasch auf den Markt der Konsumgüter, und zwar erscheinen sie in einem Jahr mehrmals auf diesem Markt. Das Haus erscheint aber auf dem Markt der Konsumgüter jährlich nur mit seinem jährlichen Mietwert, also einem Bruchteil der 10 000 Mark.

Alles Gerede von „Deckung durch Sachwerte“ ist törichtes Geschwätz. Es kommt hier gar nicht auf die Deckung an, sondern auf die Menge des Geldes im Verhältnis zur Menge der Waren. Dies Verhältnis wird durch Ausgabe des NS-Geldes zu Ungunsten der Waren verschoben; außerdem wird gleichzeitig nach den ersten Anzeichen der Preissteigerung die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steigen. Also führt die Ausgabe des FEDER-Geldes zu einem neuen Inflations-Diebstahl. Das ist so, auch wenn mit Riesenschritten an den Plakatsäulen verkündet wird: Wer gegen die Inflation ist, wählt Hitler.

Nur auf diesen Hauptpunkt des Wirtschaftsprogramms der NS gehen wir hier näher ein. Denn er wird vielleicht in irgendeiner Form im Falle der Machtergreifung der NS durchgeführt werden. Eine Inflation zu machen, das würden die schwerindustriellen Auftraggeber der NS diesen gern gestatten. Denn eine Inflation würde den Schwerindustriellen ihre Schuldenlasten erleichtern und sie dadurch vor dem drohenden Bankrott retten; die Arbeiter und Angestellten würden die Last auf sich nehmen, indem sie höhere Preise bezahlen.

Wer wird betrogen?

Im übrigen halten wir es für sinnlos, zur Widerlegung des „Wirtschaftsprogramms zum Gebrauch in Massenversammlungen“ noch ein Wort zu verlieren. Es ist für die Agitation unter den Massen bestimmt. Zur Agitation unter den „Wirtschaftsführern“ gibt es ein anderes Programm. Der Beweis dafür, daß insgesamt mindestens zwei Programme vorhanden sind, ist von den NS mehrfach geliefert worden. Das deutlichste Beweisstück sind die verschlossenen Türen, hinter denen die Besprechungen von HITLER und anderen Parteigrößen der NS mit Schwerindustriellen und Großgrundbesitzern geführt werden.

Welches Zeugnis die „Volksgenossen“ im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl ihren Schulmeistern ausgestellt haben und zweifellos auch im zweiten ausstellen werden, wollen wir hier zu allem Ueberfluß deutlich machen durch eine Gegenüberstellung der beiden Programme. Wir entüllen dabei keine Geheimnisse für alle, deren Schulmeister in achtjähriger Tätigkeit nicht vermochten, ihnen das letzte Fünkchen Vernunft auszutreiben.

Alle — die „Wirtschaftsführer“ und die Massen der übrigen NS-Anhänger — können sich leicht Gewißheit darüber verschaffen, daß entweder sie oder die anderen betrogen werden. Daß einer von beiden betrogen wird, steht völlig fest. Aber auch die Frage, wer im Fall der Machtergreifung der NS betrogen werden wird, läßt sich eindeutig beantworten: Das werden natürlich nicht die zahlenden Wirtschaftsführer, sondern die bezahlten SA-Arbeiter sein und alle jene Massen, die aus Verzweiflung über das Versagen der anderen großen Parteien von den NS das Heil erwarten.

Wie 11 Millionen sich belügen lassen.

Programm zum Privatgebrauch der Wirtschaftsführer.

Programm für den Massengebrauch.

„Freiheit und Brot.“

„Wir versprechen dem deutschen Arbeiter nichts als dies: daß wir bis zum letzten Atemzuge mit ihm um seine Existenzrechte kämpfen werden, gleichgültig, was dieser Kampf kostet und was danach kommt. Wir bieten ihm das Höchste, was man einem Volk und seiner unterdrückten Klasse überhaupt bieten kann: Den Kampf um Freiheit und Brot!“

(JOSEPH GOEBBELS: „Der Nazi-Sozi“, Seite 15, 1932.)

„In der Größe einer Lüge liegt immer ein gewisser Faktor des Geglauhtwerdens, daher denn auch gerade von der frechesten Lüge stets etwas hängen bleibt.“

(ADOLF HITLER: „Mein Kampf“, Seite 224.)

Die NSDAP stimmte am 9. Dezember 1930 gegen die erhöhte Besteuerung höherer Einkommen und Vermögen und gegen die Besteuerung der Tantiemen und Dividenden.

„Wir müssen die Sprache der Arbeiter sprechen.“

„Die HITLER-Bewegung ist nicht gegen die Gewerkschaften. Der Kampf der HITLER-Bewegung richtet sich nur gegen den klassenkämpferischen und erfüllungspolitischen Geist der Gewerkschaftsführer. An sich steht die HITLER-Bewegung den Gewerkschaften bejahend gegenüber.“

„Die HITLER-Bewegung lehnt einen Lohnabbau, den der Kapitalismus heute durchführt, aufs entschiedenste ab. Die Arbeiterschaft hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, gegen Lohnabbau zu kämpfen. Die HITLER-Bewegung unterstützt die Arbeiterschaft im Kampf um ihre Lebensrechte.“

„Die HITLER-Bewegung ist für die Beibehaltung des Tariffsystems und verurteilt jeden Versuch, an dem Tariffsystem etwas zu ändern oder dasselbe zu zerschlagen.“ (Nationalsozialistischer Parlamentsdienst, vom Februar 1932. Antwort auf zehn Fragen an HITLER.)

Sozialversicherung.

„Die HITLER-Bewegung bekämpft aufs schärfste die von BRÜNING geführte Durchlöcherung der Sozialgesetzgebung. Abbau der Unterstützungen, Kürzung der Renten u. s. w. wird von der HITLER-Bewegung abgelehnt.“

(Nationalsozialistischer Parlamentsdienst, vom Februar 1932. Antwort auf zehn Fragen an HITLER.)

„Zu Ihrer Bemerkung betreffend sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich ausdrücken, will ich Ihnen mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren — der Zweck heiligt die Mittel. Welche Partei lockt nicht ihre Träger? Seien Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist (bezüglich Ihres zur Zeit schwankenden Unternehmens), dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unserer NSDAP. Gewiß, es sind Schlagworte, wie „Nieder mit dem Kapitalismus!“ — „Juden“ u. s. w., aber selbige sind notwendig (unbedingt), denn unter dem Banner „deutschnational“ oder nur „national“ allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel — haben also keine Zukunft mehr... Wir müssen die Sprache der verärgerten sozialistischen Arbeiter sprechen... sonst würden sie sich bei uns nicht zu Hause fühlen... Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen. Das behalten wir uns vor.“ (Brief eines nationalsozialistischen Hauptmanns an einen Fabrikdirektor. „Frankfurter Zeitung“ Nr. 170, vom 5. März 1931.)

„Wir sind grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung. Die Berufsverbände sollen die gesamte soziale Fürsorge übernehmen.“ (Hauptmann Dr. O. WAGNER, der Gewerkschaftsreferent der NSDAP, in einer Rede am 7. November 1931 vor Industriellen und Bankiers in Düsseldorf.)

„Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erressungen an den Besitzenden.“ (Hauptmann Dr. O. WAGNER in einer Rede am 4. Juli 1930, in einer Versammlung in München.)

Verstaatlichung und Privateigentum.

„Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.“ (Programmpunkt 13 der NSDAP.)

„Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht...“ (HITLER bei Auslegung von Punkt 17 des Programms.)

„Geht man im einzelnen den Vorwürfen gegen unsere Wirtschaftspolitik nach, so erhält man meist zuerst den Einwand: Ihr seid ja eigentumsfeindlich! Wir Nationalsozialisten sind eigentumsfeindlich? Wir denken gar nicht daran!“

(Hauptmann Dr. O. WAGNER, der Gewerkschaftsreferent der NSDAP, in einer Rede am 7. November 1931 vor Industriellen und Bankiers in Düsseldorf.)

Unentgeltliche Enteignung.

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.“ (Programmpunkt 17 der NSDAP.)

„Der Staat hat das Recht der Enteignung gegen angemessene Entschädigung: a) von Land, das nicht im Besitze deutscher Volksgenossen sich befindet.“

Unrechtmäßig (im Sinne deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet.“

(Aus der „Parteiamtlichen Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft“ vom 6. März 1930.)

„Sozialismus.“

„Jawohl, wir nennen uns sozialistisch... Wir wollen das Recht, das uns nach Natur und Gesetz zusteht.“

Wir wollen vollen Anteil am Ertrag dessen, was der Himmel uns gab und was wir durch unserer Fäuste und Stirnen Arbeit schufen. Das ist Sozialismus!“

(JOSEPH GOEBBELS: „Der Nazi-Sozi“, Seite 9, 1932.)

„Unser Sozialismus kann von jedem einzelnen Wirtschaftsführer angenommen und bejaht werden... Wirtschaftsführer, die unsere Pläne ängstlich betrachten, mögen beruhigt sein, denn sie lassen sich ja doch nicht sofort durchführen.“ (Hauptmann Dr. O. WAGNER, Gewerkschaftsreferent der NSDAP, in einer Rede am 7. November 1931 vor Industriellen und Bankiers in Düsseldorf.)

Die ökonomische Grundlage des Programms, das die NS verwirklichen würden.

„Herr HITLER ist im Laufe der letzten Jahre mehrmals nicht imstande gewesen, mir gegebene bindende Versprechen gegen den Willen des sächsischen Gauleiters, des Spitzenfabrikanten Herrn MUTSCHMANN in Plauen, durchzuführen. Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn MUTSCHMANN darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn HITLER sich finanziell verpflichtet hat.“

(Der frühere nationalsozialistische Landtagsabgeordnete v. MÜCKE in einem Offenen Brief vom 3. August 1929.)

Die Weltwirtschaftskrise.

Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht seinen Hauptbericht, der zur Vorbereitung der am 12. April zusammen tretenden Arbeitskonferenz dienen soll.

ALBERT THOMAS, der Herausgeber, kennzeichnet die Wirtschaftskrise mit folgenden Angaben:

1. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug Ende 1931 20 bis 25 Millionen. (Diese Zahl ist wahrscheinlich viel zu niedrig angegeben! D. R.)

2. Der Rückgang des internationalen Handels wird für 48 Staaten gegenüber 1929 auf 50 Milliarden Goldmark geschätzt.

3. In den Vereinigten Staaten ist das Volkseinkommen gegenüber 1929 um 32 Prozent zurückgegangen.

4. Das Einkommen des deutschen Volkes ist von rund 76 Milliarden im Jahr 1929 auf 50 bis 60 Milliarden zurückgegangen.

In den USA fordert HOOVER in einer Sonderbotschaft an den Kongreß eine weitere Einschränkung der Haushaltsausgaben um mindestens zweihundert Millionen Dollar. Der Präsident schlägt eine Zusammenlegung und Neuordnung der Regierungämter vor. HOOVER regt eine Besprechung zwischen Kongreß- und Verwaltungsvertretern an, in der ein nationales Sparprogramm ausgearbeitet werden soll. Die Botschaft Hooovers kommt völlig überraschend und hat größtes Aufsehen erregt.

Die rumänischen Staatseinnahmen für den Monat März blieben um die Hälfte gegenüber dem Voranschlag zurück.

Der Internationale Ausschuss der sozialistischen Bergarbeiter, der am Montag in Brüssel tagte, beriet die schwere Lage des Kohlenbergbaues. Es wurden Maßnahmen ins Auge gefaßt, um die Verstaatlichung der Kohlengruben, eine Verkürzung der Arbeitszeit und internationale Vereinbarungen über den Kohlenabsatz zu erreichen.

Deutschland war durch BERGER und SCHMIDT vertreten.

Auch eine Folge der Wirtschaftskrise.

Nachdem soeben erst die Geburtenziffer in Deutschland während des vergangenen Jahres als die bisher niedrigste festgestellt ist, meldet das englische statistische Amt einen gleichen Rekord für England und Wales im letzten Vierteljahr von 1931. Die Zahl der registrierten Geburten belief sich auf 147 619, das sind 7009 weniger als im letzten Vierteljahr von 1930. Damit ergibt sich eine jährliche Geburtenziffer von 14,6 auf je 1000 Einwohner, die niedrigste, die in England seit der standesamtlichen Registrierung verzeichnet worden ist. Die Zahl der Todesfälle in demselben Zeitraum war mit 117 922 um 2257 größer als im letzten Vierteljahr von 1930. Der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle zeigt also eine sehr beträchtliche Abnahme. Während der Ueberschuß 1928 noch 40 036, 1929: 37 692, 1930: 38 893 betrug, beträgt er 1931 nur 29 627.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Freunde und Leser des „Funken“! Unterstützt Euer Kampforgan!

5 Minuten Regierungserklärung.

u. Belgrad, 6. April.

Die neue Regierung MARINKOWITSCH stellte sich heute vormittag der Skuptschina vor. Der Ministerpräsident verlas eine Erklärung, der man mit großer Spannung entgegen-gesehen hatte, die jedoch durch ihre lakonische Kürze über-raschte. MARINKOWITSCH sprach kaum fünf Minuten, worauf die Sitzung sogleich geschlossen wurde. MARINKOWITSCH legte sich nach keiner Seite fest. Er erklärte einerseits, daß die neue Regierung die Politik der alten fortzusetzen gedenke, daß sie aber andererseits die Rückkehr zu normalen politi-schen Verhältnissen beschleunigen werde. Außerdem werde sie ihre Aufmerksamkeit besonders der Wirtschaftskrise widmen und in außenpolitischer Hinsicht die bisherigen Richtlinien weiter verfolgen.

Ministerpräsident MARINKOWITSCH begibt sich am Sonn-abend nach Genf, wo er Jugoslawien auf der Abrüstungskon-ferenz vertritt. In politischen Kreisen ist man der Auf-fassung, daß er bei dieser Gelegenheit versuchen wird, mit TARDIEU über die rasche Gewährung einer Anleihe zu ver-handeln, wie man überhaupt den Rücktritt des Generals ZIWKOWITSCH und die Uebernahme der Macht durch MARINKO-witsch auf die Anleihebestrebungen Belgrads zurückführt. Man verweist darauf, daß MARINKOWITSCH durch seine engen Beziehungen zu Frankreich die geeignetste Persönlichkeit sei, die Anleiheverhandlungen Jugoslawiens noch vor den fran-zösischen Wahlen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Im englischen Unterhaus teilte der Minister für die Do-minien mit, daß die irische Antwort auf die englische Note über den Treueid und die Entschädigungszahlungen in London eingetroffen sei und zur Zeit von dem Sonderaus-schuß des Kabinetts für die irische Frage erwogen werde.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Freitag, den 8. April, um 20 Uhr, im „Harkeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41. Thema: Die Aufgaben des Krisen-Kongresses des ADGB.

Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 12. April, um 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 13. April, um 20 Uhr, Gesellschaftshaus Isert, Maxstraße 12. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Essen: Sturm über Asien! Wohin treibt China? Ueber dieses Thema spricht die Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung am Montag, dem 11. April, 20 Uhr, im großen Saal der „Wirtschafts-Garten“ (Siemensplatz). Freie Aus-sprache. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Frankfurt a. M.: Freitag, den 8. April, 20.15 Uhr, Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im Volks-bildungsheim über das Thema: „Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats“. Freie Aus-sprache. Eintritt 20 Pf. für Erwerbslose 10 Pf.

Köln!

Achtung!

Große öffentliche Kundgebung:

China blutet! Was tut Europa?

Rednerin: Genossin CHIYIN CHEN, Schanghai.

Am Samstag, dem 9. April 1932 (20.15 Uhr), im großen Saal der Rheinlandloge, Cäcilienstraße 22 (Nähe Neumarkt). Aussprache! Eintritt 20 Pfennig

Erwerbslose gegen Ausweis frei.

Veranstalter: Internationaler Sozialistischer Kampfbund, Köln, in Gemeinschaft mit der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft, Köln.

Alexander Stambolijski.

Der bulgarische Bauernführer, ermordet 1923.

III.

(Fortsetzung des großen Gesprächs mit König FERDINAND, 25. September 1918.)

Solidarität.

„Majestät, ich möchte wissen, warum die anderen politischen Gefangenen nicht frei sind. Es widersteht mir, frei zu sein, während Politiker, die nach mir ins Gefängnis kamen, noch ohne Grund darin sind. Ich verstehe nicht dieses besondere Wohlwollen gegen mich und das unerklärliche Verhalten gegen jene. Und ich will es nicht. Es ist meine Pflicht als Freund und Mensch, auf der sofortigen Frei-lassung jener zu bestehen.“

„Von welchen Gefangenen sprechen Sie?“

„Von allen.“

„Und welche meinen Sie insbesondere?“

„Zum Beispiel GENADIEFF und seine Freunde.“

„Ich habe sie freigelassen.“

„Sie irren sich, Majestät. Eben war ich beim Kriegs-minister und erfuhr, daß niemand außer mir freigelassen ist.“

„Ich sage Ihnen, daß ich ihre Freilassung bereits unter-schrieben habe.“

„Ich wiederhole: Sie irren sich. Man hat Ihnen die Erlasse unterbreitet, aber Sie sind überlastet und vergaßen, sie zu unterschreiben.“

„Verstehen Sie mich, Herr STAMBOLIJSKI, gerade eben habe ich den Erlaß unterschrieben, der GENADIEFF und seine Freunde betrifft. Warum aber diese mächtige Fürbitte Ihrer-seits für ihn?“

„Ich habe eingesehen, daß es zwei Arten wertvoller Menschen gibt im Leben: die einen tun Heldentaten, und die anderen leisten jenen den barmherzigen Hilfsdienst. Bisher gehörte ich nur zu denen der ersten Art; jetzt will ich auch zu denen der anderen Art gehören.“

„Aber wissen Sie, was GENADIEFF für ein Mensch ist? Er ist kein Bulgare, sondern ein griechischer Abkömmling.“

„Es gibt eine Menge bulgarischer Politiker mit rein bulgarischem Blut, die nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben sind: ein überflüssiger Ballast im politischen Leben, mit

Die Fronten marschieren auf zum 2. Wahlgang.

Hk. Berlin, 7. März.

Angesichts der Gefahr für Arbeiterschaft und Republik, an die das Signal der SEVERING-Enthüllung erinnert hat, haben die Wahlreden aus diesen Tagen, über die ein ganzes Paket von Berichten vorliegt, weitgehend das Interesse ver-loren. Uninteressant sind in diesem Augenblick die Äuße-rungen der ganzen bürgerlichen Masse, die zwischen den Or-ganisationen der Arbeiterschaft und den NS steht. Unser Interesse am Wahlkampf konzentriert sich auf die Frage: Wie erscheint in seinem Spiegel das Kräfteverhältnis zwischen NS und Arbeiterschaft?

Nur zwei Bemerkungen, bevor wir auf diese Hauptfrage eingehen.

1. Der Reichsarbeitsminister STEGERWALD hatte den Gewerk-schaften versprochen, sich nach dem „Osterfrieden“ in einer öffentlichen Wahlversammlung über seine „Einstellung zu den Tariflöhnen und zur Verbindlichkeitserklärung von Tarifver-trägen“ zu äußern. Es liegen mehrere Berichte über Reden STEGERWALDS vor, aber nicht ein Wort enthalten sie über jene Frage.

2. HUGENBERG erklärte, die Deutschnationalen stünden „bereit für eine klare, sachliche, aufbauende, gemeinsame Rechtsregierung, wie sie in Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz jetzt besteht“. Zur Kennzeichnung einer solchen Re-gierung dienen die Braunschweiger Taten und die Erklärung, die oben von der deutschnationalen und nationalsozialistischen Fraktion in Mecklenburg-Strelitz gemeinsam herausgegeben wird: „Die beiden Parteien schließen sich zu einer Zusam-menarbeit im Interesse des vom Marxismus völlig zu reini-genden Staates zusammen.“

Diese beiden Tatsachen sind für uns keine Ueber-raschung.

Das Kräfteverhältnis NS — Arbeiterschaft im Spiegel des Wahlkampfes.

Um gleich den Gesamteindruck zu sagen: auf der Höhe von „Alarmstufe C“ arbeiten nur die NS. Auf die Arbeiter-schaft trifft vorläufig noch das harte Urteil zu, das wir gestern fällten: Die Arbeiter schlafen.

Uns liegt mit diesem Urteil nur daran, vorzustößen zu Aufmunterungsversuchen, die auf der 1. Seite dieser Nummer zu finden sind.

Es ist nichts damit gewonnen, nur die jedes Maß über-steiigende geistige Erbärmlichkeit, die auch dieser national-sozialistische Propagandafeldzug offenbart, zu zeigen. Weit mehr verdient im Augenblick unsere Aufmerksamkeit die Emsigkeit, mit der die NS ihre okelhafte Propaganda be-treiben. HITLER selber — umgeben von dem üblichen tech-nischen Apparat: Flugzeug, Begleitung eines „Daily Express“-Korrespondenten u. s. w. — spricht in dieser Woche täglich in drei, vier Versammlungen, und zwar nicht nur zwanzig Minuten in jeder. Das „Berliner Tageblatt“ stellt mit Recht fest, daß „die Werbung der Nationalsozialisten für den zweiten. Wahlgang die Aktivität vor dem 13. März sogar noch über-trifft.“

Ueber SEVERINGS Aktion hat HITLER selber in seiner neuesten Versammlungsserie kein Wort verloren. Nur der „Lügenabwehr“-Kommissar der NS, HINKEL, hat die preußi-sche Regierung gewarnt, nicht mit dem Feuer zu spielen. In der Tat hat SEVERING zwar den HITLERSchen Apparat mit einem Scheinwerfer beleuchtet, ihn zu zerschlagen aber macht bisher niemand Miene. Vor allem SEVERING selber nicht, dessen Schweigen über seine Aktion viel befremdender ist als das Schweigen HITLERS; so unglaublich es klingt: „Mini-ster SEVERING, der bei seinem Erscheinen stürmisch be-grüßt wurde, ging entgegen den Erwartungen eines großen Teiles seiner Zuhörer, mit keinem Wort auf die preußische

Polizeiaktion gegen die NSDAP und das Ergebnis der Unter-suchung des beschlagnahmten Materials ein.“ („Eiserne Front“, in Hamburg, am 6. April.)

Mögen SEVERINGS Gründe hierfür noch so schwerwiegend sein (daß er sie nicht einmal andeutungsweise äußerte, ist unerhört!), — keine noch so schwierige Situation hat ihn gezwungen, in dieser Lage folgende Worte auszusprechen (auf der erwähnten Hamburger Kundgebung): „Ich würde mich als Sozialist darüber freuen, wenn die Bewegung der Nationalsozialisten von klaren politischen Köpfen geführt würde, mit denen man Politik treiben und ein Stück auf dem Wege zum Wiederaufbau Deutschlands zusammengehen könnte.“ Wir können also von SEVERING kaum ein Zupacken gegen die NS erwarten.

Das Verhalten des „Vorwärts“ in der gegenwärtigen Situa-tion entspricht der Kampftönung des töneren Kolosses SPD. Heute morgen ein Leitartikel über die Frauen, die der „Vorwärts“ gegen HITLERS Vorschlag, schwache Nachkommen-schaft zu töten, mit folgenden Worten auftritt: „Kann es eine Frau mit ihrer Würde, mit ihrem Gefühl der Mütterlichkeit vereinbaren, diesem Prediger des Kindermordes ihre Stimme zu geben?“ Als ob dieser Vorschlag HITLERS für die erwach-sene Arbeiterschaft das Gefährlichste wäre! Und als ob nicht SEVERING schlagend nachgewiesen hätte, daß die Arbeiterschaft in den NS keine militärischen Dilettanten zu Gegnern hat, wie zum Beispiel KAPP einer war.

Die Vergleichung der „Roten Fahne“ dieser Tage mit den Nummern vor dem 13. März zeigt deutlich, daß die Kommun-isten den gegenwärtigen Wahlkampf mit weit geringerer Energie betreiben als den zum ersten Wahlgang. Hat auf ihre Aktivität der Mißerfolg vom 13. März die entgegengesetzte Wirk-ung gehabt wie bei den NS? Oder mißt sie diesem Wahl-gang keine Bedeutung mehr bei? — Die gestrige KP-Kund-gebung im Berliner Sportpalast war als Antikriegskundgebung angekündigt. Mit einer solchen Parole, vier Tage vor der Wahl, kann man den Sportpalast nicht füllen, so gefährlich im übrigen auch die politische Weltlage sein mag. In dem nur halbgefüllten Saal war keine Stimmung. Sie kam auch dann nicht auf, als ein Chinese den Abend mit einer Ansprache eröffnen sollte. Da er nicht polizeilich als Redner angemeldet war, griff die Polizei ein, und in zehn Minuten war der Bles-saal geräumt. Man gewann nicht den Eindruck, daß dieser Eingriff der Polizei nunmehr eine Kampf Stimmung erzeugt hätte. Mancher Genosse fragte sich, warum der Polizei durch die Nichtanmeldung des Redners eine Handhabe geboten worden war.

Es ist dringend zu wünschen, daß die heutige KP-Ver-sammlung im Lustgarten etwas von der Bereitschaft zeigt, die die Arbeiterschaft braucht, und die bisher nur auf Seiten ihres zur Zeit gefährlichsten Gegners anzutreffen ist.

Des „Stahlhelms“ Antwort an Hindenburg.

Versöhnlich gegenüber dem Ehrenvorsitzenden.

h Berlin, 6. April.

Die Bundesleitung des „Stahlhelm“ hat auf HINDENBURGS „Ultimatum“ in entgegenkommender Weise geantwortet. HINDENBURG hatte ersucht, ihm bis zum 5. April mitzuteilen, ob die Bundesleitung zur Zurücknahme der Maßregelungen der HINDENBURG-Wähler im „Stahlhelm“ bereit sei.

Die indische Regierung hat die Jahresversammlung des Allindischen Kongresses verboten.

ihrer Hasenfüßigkeit, ihrer Feigheit und Kriecherei. Ich glaube, wenigstens dieses scheußliche Laster fehlt GENADIEFF, und schon allein deswegen verdient er mehr Beachtung.“

Der loyale Soldat kündigt

„Ach, welche Schmach hat der bulgarische Soldat mir zugefügt und der Nation und unserer Geschichte!“

„Die Schande, Majestät, fällt in erster Linie auf die bulgarische Diplomatie und nicht auf den Soldaten. Der Soldat bewies ein Heldentum ohne Gleichen. 300 bis 400 000 nackte, hungernde, kranke Kämpfer hatte eine Front von fast 500 Kilometern zu halten. Dabei sah sich dieser Soldat von lauter Feinden umgeben, die wie Motten seine materielle und moralische Lebenssicherheit zerfraßen. Er wurde sogar um seinen halbjährigen Urlaub betrogen; seine Lieblings-loktüre wurde verfolgt, wie im Mittelalter. Und als trotz seines Ausharrens und unendlichen Leidens der Zustand an der Front völlig unhaltbar wurde, da benahm er sich gegen seine Regierung, wie ein guter Hausherr sich gegen seine Mieter benimmt: drei Monate im voraus kündigte er, teilte seiner Regierung mit, daß sie um jeden Preis Frieden schließen müsse.“

„Das ist mir nicht bekannt.“

„Das verstehe ich nicht, Majestät, da es doch mir bekannt war, dem am strengsten gehaltenen bulgarischen Gefangenen. Und Ihrer Heeresleitung und Regierung mußte es bekannt sein. Der Kampfgeist war auch bei den Offizieren zerbrochen, das allgemeine Verlangen war sofortiger Friede. Die Soldaten setzen die Grenzfrist für ihr Durchhalten auf den 23. September fest. Nach meiner festen Ueberzeugung war das auch Ihrem Sohn, dem Kronprinzen BORIS bekannt — er war ja oft bei den Truppen. Und die Minister hörten daselbe aus dem Munde der Offiziere. Mit einem Wort: die Tatsach war allgemein bekannt, sie hätte nicht ignoriert werden dürfen von den maßgebenden Stellen Bulgariens.“

Kampf um den Entschluß.

„Was soll nun geschehen? Ich habe darüber nach-gedacht, viel habe ich nachgedacht, aber ich bin zu keinem Ergebnis gekommen.“

„Majestät, die Zeit des Nachdenkens ist jetzt vorbei Handeln Sie rasch und loyal! Die Entscheidung ist ja von

Ihnen schon fast getroffen. Der Kriegsminister hat mir gesagt, Sie seien bereit, einem Waffenstillstands- und Friedensangebot zuzustimmen. Das ist das vernünftigste und allein mögliche. Setzen Sie es so rasch wie möglich ins Werk und warten Sie die Antwort der Feinde ab.“

„Was werden sie antworten?“

„Wir werden es hören. Ich nehme an, sie werden ver-langen, daß wir in unsere Grenzen aus der Zeit vor dem Oktober 1915 zurückkehren, daß wir die Waffen niederlegen und uns von unseren bisherigen Bundesgenossen lossagen.“

„Woher wissen Sie das?“

„Aus dem gesunden Menschenverstand und der Logik der Sache — aus nichts anderem.“

„Aber das ist ja Kapitulation!“

„Vollständige Kapitulation.“

„Schmachvolle Kapitulation!“

„Unumgänglich notwendige Kapitulation. Sie hätte ver-hütet werden können, wenn wir kluge und mutige Menschen gehabt hätten, die beizeiten einen Sonderfrieden geschlossen hätten.“

„Das war undenkbar, unmöglich . . .“

„Aber es wird möglich sein.“

„Es wäre ein scheußlicher Verrat, den ich auf keinen Fall begehen kann.“

„Da eben liegt das ganze Problem, und ich danke Ihnen für Ihre Selbsterkenntnis. Sie spielten va banque mit Ihrem Bündnis, das Sie auf Gedeih und Verderb an die Deutschen fesselte. Deswegen war ich von Kriegsausbruch an fest überzeugt, daß der außenpolitische Kurs, dem Sie sich so vollkommen verschrieben hatten, nur durch große Ereignisse, von innen oder von außen, geändert werden konnte.“

„Im Namen dieser Politik habe ich Bulgariens Krone übernommen; trotz alles Mißgeschick werde ich nicht ab-lassen, diesen Kurs zu verfolgen: ich bleibe ein treuer Ver-bündeter der Mittelmächte. In meinen Adern fließt das Blut eines Edelmanns . . .“

„Daran zweifle ich nicht: ich habe Ihren Edelmut zur Genüge gekostet.“

„Sie haben die Grobheit eines Bauernlummels!“

„Aber nicht die Niederträchtigkeit eines Edelmannes.“

„Sie sind ein unverschämter Frechling!“

„Aber wahrheitsliebend!“

„Ihre Sprache ist unerträglich!“ (Fortsetzung folgt.)

Französische Arbeiterstimmen zur Krisenbekämpfung.

Me. Paris, Anfang April.

Im „Funken“ Nr. 72 sind einige Beispiele dafür gegeben worden, daß in der deutschen Arbeiterpresse unter anderen auch die Maßnahmen, die der ISK zur Krisenbekämpfung fordert, befürwortet werden.

Auch in Frankreich wird in der Arbeiterpresse und in den Resolutionen der Gewerkschaften nicht nur Planwirtschaft gefordert, sondern es werden auch Maßnahmen vorgeschlagen, deren Durchführung eine Stärkung der Massenkaukraft und die Beseitigung eines Teiles der Hemmungen, die der Wirtschaft auferlegt worden sind, zur Folge haben würde.

JOUHAUX, der Vorsitzende der Confédération Générale du Travail (CGT) entspricht dem ADGB in Deutschland schreibt im „Peuple“, der Tageszeitung der Freien Gewerkschaften (Nr. 4038, vom 4. Februar 1932):

„Herabsetzung der Löhne, das bedeutet Verminderung der Kaufkraft der großen Verbrauchermassen, das heißt: das Gegenteil dessen, was zur Erreichung des Ziels getan werden sollte. Mit anderen Worten heißt das, den Karren vor die Ochsen zu spannen.“

Allein schon eine Herabsetzung der Zollmauern würde zusammen mit der Verbilligung der Lebenshaltungskosten zur Vergrößerung des Absatzes, zur Zunahme der Produktion und zur Verringerung der Zahl der Erwerbslosen führen.

Das Gegenteil davon wird getan. Die Folgen dieser sinnlosen Politik werden vor allem von den Arbeitern getragen: erstens in Form von Arbeitslosigkeit, zweitens in Form eines verringerten Lebensstandards.“

Unter der Überschrift: „Die Völker müssen mit dem ökonomischen Nationalismus Schluß machen“, schreibt JOUHAUX in einem anderen Aufsatz im „Peuple“ (Nr. 4094, vom 31. März 1932):

„Die Bildung von Kartellen und Trusts . . . ist keine wirksame Lösung: sie verstärken nur die Macht von Kapitalistengruppen und stellen eine ernste Bedrohung der Konsumenten dar.“

„Gewiß, die Krise ist international; es handelt sich hauptsächlich um internationale Gegenmaßnahmen, die sich aus einer geschlossenen Aktion der Völker ergeben.“

„In den verschiedenen Ländern zeigt sich eine Bestrebung, unter dem Druck des Kapitalismus noch mehr zum ökonomischen Nationalismus überzugehen . . . ohne zu beachten, daß der ökonomische Nationalismus den größten Teil der Schuld an der heutigen Krise trägt.“

„Wenn . . . die verantwortlichen Staatsmänner . . . sich unfähig zeigen, die einschneidenden Operationen vorzunehmen, die erforderlich sind, wird die Arbeiterklasse sich auf sich selber verlassen und ihre Kräfte organisieren müssen.“

„L'Humanité“, die Pariser Zeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs, schreibt in einem Aufsatz über „Pflaster, die nicht heilen“ (Nr. 12 121, vom 20. Februar 1932):

„Wo die Kaufkraft der Arbeiter vergrößert werden müßte, verringert die Bourgeoisie sie noch mehr.“

Wo die Preise für die Verbraucher gesenkt werden müßten, werden sie durch das Kontingentierungssystem in die Höhe geschraubt.“

Leider zieht die „Humanité“ daraus nicht den Schluß, für die Hebung der Massenkaukraft zu kämpfen.

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung gibt es Stimmen, die gegen die „zusätzlichen“ Arbeiten sind. Allerdings ist die nachstehende Äußerung nur einer anonymen Zuschrift an den „Peuple“ (Nr. 4091, vom 28. März 1932) entnommen, gibt also nicht unbedingt die Ansicht der Freien Gewerkschaften wieder.

„Arbeiten, die unternommen werden, um die Erwerbslosen zu beschäftigen, Arbeiten also, deren Notwendigkeit nicht anerkannt wird, erlauben nur die Beschäftigung eines kleinen Teils der Arbeitslosen. Dabei werden die beruflichen Fähigkeiten eines jeden nicht in Rechnung gestellt, und die Bedingungen, unter denen Rohmaterialien beschafft werden können, sind ungünstig. Dazu kommt, daß die Krise und die Arbeitslosigkeit, die ja nicht beseitigt werden, nach Beendigung dieser Arbeiten noch beängstigender sein werden.“

Hieran ist gewiß richtig, daß zusätzliche Arbeiten, wie z. B. Straßenbau und Bau von Eisenbahnunterführungen, die Krise nicht beseitigen, sondern nur für eine gewisse Zeit mildern können.

Eine der wichtigsten Forderungen, die die Arbeiter erfüllen müssen, um die Kapitalisten zwingen zu können, die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Wirtschaftskrise durchzuführen, ist in einer Resolution der Staatseisenbahner-Gewerkschaften erhoben worden. Diese Resolution ist auf dem außerordentlichen Kongreß dieser Gewerkschaft angenommen worden, auf dem der Wiedereintritt vieler Gruppen des revolutionären Verbandes in die Freie Gewerkschaft vollzogen worden ist. („Peuple“ Nr. 4085, vom 22. März 1932.)

„Die Vereinigung aller Kräfte der Arbeiter ist um so dringender, je mehr die wirtschaftliche Lage in der ganzen Welt die Arbeiterklasse vor eine Gefahr stellt, die droht, katastrophal zu werden.“

Auf dem Wege zum Transport-Monopol.

Eine Konkurrenz findet auch heute noch statt: Die Konkurrenz zwischen den Befürwortern von Monopolplänen. Wem wird es gelingen, zuerst sein Ziel zu gelangen: den Vorkämpfern des Außenhandelsmonopols oder denen des Transport-Monopols?

Die erste Nachricht über das drohende Transport-Monopol brachten wir am 19. Februar (in Nr. 42). Die Lage ist heute folgende:

Nach dem Kraftwagenlinien-Gesetz von 1926 sind nur bestimmte regelmäßige Autoverbindungen einer behördlichen Regelung unterworfen.

Nach der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 besteht eine Anmelde- und Konzessionspflicht für den gesamten „Fernverkehr“, das heißt allen Lastkraftwagenverkehr über die 50-km-Zone hinaus. Ausgenommen ist vorläufig der reine Werkverkehr, zum Beispiel der Verkehr von einer Fabrik zu ihren Verkaufsstellen.

Am 10. Februar dieses Jahres ist der endgültige Reichskraftwagentarif in Kraft getreten. Einige Stichproben, die wir in Nr. 34 veröffentlichten, zeigten, daß die Beförderung auf dem Auto zwangsweise bis zu 178 Prozent gegenüber der Beförderung mit der Eisenbahn verteuert wurde.

Seit dem 1. März gibt es eine Monopolfirma, die „Deutsche Bahnspedition G. m. b. H.“, die einheitliche Gebührensätze für die An- und Abfuhr ankommender Stückgüter und Wagenladungen festgelegt hat und die Arbeiten zum Teil durch sogenannte „Auftrags-Spediteure“ erledigen läßt. Diese müssen in sehr verwickelter und umständlicher Weise mit der Monopolfirma regelmäßig abrechnen. — In manchen Orten liegen die Einheitsrolleätze unter den Selbstkosten. Die Reichsbahn zahlt in diesen Fällen einen Zuschuß. Wie lange? Wir können das voraussagen: So lange, bis die Monopolfirma dem „abzufertigenden“ Kunden die Preise diktieren kann. Diesen Zustand bereitet sie vor, indem sie jenen Auftragspediteuren, die ihren Fuhrbetrieb, also den

wertvollsten Teil ihres Geschäftes ausgeben und die Güter durch die Monopolfirma rollen lassen, eine Provision in Höhe von 15 Prozent des Rollgeldes bezahlen.

Bisher haben einzelne Spediteure einen Sammelladungsverkehr eingerichtet, indem sie durch Sammlung von Gütern, die nach einer Richtung gehen, volle Wagenladungen zusammenstellten. Dieser Sammelladungsverkehr soll vom 1. Juni 1932 ab ebenfalls zum Monopolverkehr der Deutschen Bahnspedition G. m. b. H. werden.

Der reine Werkverkehr ist, wie gesagt, noch frei. Im amtlichen Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn (Heft 9, vom 2. März) spricht sich Reichsbahndirektor Dr. KATTER (Berlin) für die Einbeziehung des Werkverkehrs in das Transportmonopol aus.

Wir sehen, das Ziel der Reichsbahn ist bald erreicht: Das Transportmonopol auf der Schiene und auf der Straße. Sobald es erreicht ist, kann die Reichsbahn die Gebühren rücksichtslos diktieren.

In der deutschen Reichsbahn ist ein Milliardenkapital investiert. Bei freier Konkurrenz würde das Aufkommen der Autos, das in den Bahnanlagen steckende Kapital wohl zu einem erheblichen Teil entwerten — auch bei Berücksichtigung der Tatsache, daß die Reichsbahn für die Erhaltung der Schienenwege voll aufkommt, die Autos aber nur einen Teil der Wegeunterhaltungskosten tragen. Diese Entwertung soll durch die verschiedenen Maßnahmen, die durchgeführt oder geplant sind, verhütet werden, natürlich zu Lasten der Verbraucher, zu Lasten der Massenkaukraft. Diejenigen, die das Recht der Verbraucher hier vor allem zu vertreten hätten, die großen Arbeiterorganisationen, hüllen sich in Schweigen — in dem Wahn, das Transportmonopol werde ein Schritt zum Sozialismus sein. Was FRIEDRICH ENGELS ihnen dazu im voraus gesagt hat, werden wir demnächst veröffentlichen in der Auseinandersetzung mit einem Vertreter der Planwirtschaft. H. H.

VorNachahmung wird gewarnt Das englische Währungsexperiment.

Die Handelskammer in Manchester, dem Zentrum der englischen Textilindustrie, hat im September 1930 eine währungspolitische Denkschrift an die Regierung gerichtet, in der es heißt, die Goldwährungspolitik sei der schlimmste Hemmfaktor für die Gesundung der Baumwollindustrie und des Exporthandels sowie für die Lösung des Arbeitslosenproblems. Die Regierung müsse ohne Verzug zur Währungsreform schreiten und sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Wohlfahrt der britischen Industrie für die Gesamtheit ungleich lebenswichtiger sei als jede finanzielle Erwägung.“

Im September 1931 hat die englische Regierung mit Rücksicht auf die Industrie die englische Währung vom Gold losgelöst. Wir wissen, daß das vorübergehend zum Beispiel die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert hat. Wie enttäuscht aber gerade diejenigen, die eine Aenderung der Währungspolitik gefordert haben, jetzt über die Erfolge des Währungsexperimentes sind, zeigt das Urteil des Präsidenten eben dieser Handelskammer von Manchester, das er vor kurzem

auf der Jahresversammlung der Kammer seinem Bericht über die Wirtschaftslage voranstellte. Es lautet:

„Die Lage der Baumwollindustrie bleibt höchst unbefriedigend. Die durch die Aufgabe des Goldstandards hervorgerufene fieberhafte Steigerung der Nachfrage hat nicht angehalten. Wohl mögen einige Bestellungen aus jener Zeit noch bis heute Arbeit verschafft haben; der rasche Fluß der Bestellungen jedoch hat aufgehört. Wir stehen in der Hauptsache wieder, wo wir vor dem 22. September standen, dem fortdauernden Problem gegenüber, wie Arbeit finden für die uns anstehenden Webstühle und Spindeln.“

ENGLAND

Arbeitslosenziffer: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen sank vom 22. Februar bis zum 21. März um 134 000 auf 2 567 000. Nach englischer Ansicht handelt es sich weitgehend nur um eine Saisonbelegung.

Einfuhr: Die Einfuhr nach England hatte im Februar einen Wert von 70 Millionen Pfund, im Januar nur von 62 Millionen Pfund. Ursache der Steigerung ist die Vergrößerung der Einfuhr vor dem Niedergehen der Zollschranken.

Wirklich Dienst am Kunden.

In Nr. 23 haben wir ein Bild von der Tätigkeit der Migros A. G. gegeben, die in mehreren Städten der Schweiz auf sauberen Verkaufswagen gute Nahrungsmittel verkauft zu Preisen, die den Konkurrenten schwer im Magen liegen.

Wir entnehmen dem Geschäftsbericht der Migros A. G. für 1931: Der Umsatz der Schweizer Migros-Gesellschaften ist, verglichen mit dem Vorjahr, von 17 Millionen Franken auf 30 Millionen Franken gestiegen. — Infolge der Preisermäßigung für Erbsen- und Bohnenkonserven hat die Gesellschaft ihren Umsatz in diesen Konserven verzehnfacht. Sie betont, daß sie den Bauern grundsätzlich einen höheren Preis bewilligt als der Schweizerische Konserven-Konzern.

Die Gesellschaft hat gegen Widerstände zu kämpfen: In Bern mußte sie den Wagenbetrieb aufgeben, da sie dort eine Gebühr in Höhe von 31 000 Franken für den Verkauf vom Wagen zahlen mußte. — Im Bericht ist die Rede von „letzten Hemmungen“, die Landwirte bereiten durch Sperre der Belieferung mit Butter und Bodenprodukten. — Die Gesellschaft genießt aber auch wachsendes Vertrauen: Eine Anleihe in Höhe von 250 000 Franken, die im Dezember aufgelegt wurde, ist vierfach gezeichnet worden.

Das Beispiel der Migros A. G. zeigt, daß gutgeleitete Firmen selbst in der Wirtschaftskrise rasch vorankommen können, namentlich wenn sie keine Monopolpreise nehmen und sich an den Grundsatz halten: Kleiner Nutzen am Stück, großer Umsatz.

Kursschwankungen an der New Yorker Börse.

Um zu zeigen, wie stark die Börsenkurse infolge der Wirtschaftskrise geschwankt haben, bringen wir nachstehend eine Tabelle von Kursen (in Dollar je Aktie) auf Grund einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“:

	1929/31		1932	
	höchst	tiefst	tiefst	höchst
Stahl:				
U. S. Steel	261 ³ / ₄	36	35 ¹ / ₂	52 ⁵ / ₈
Bethlehem Steel	140 ³ / ₄	17 ¹ / ₄	15 ¹ / ₈	24 ³ / ₈
Eisenbahnen:				
N. Y. Central	256 ¹ / ₂	24 ⁷ / ₈	24 ¹ / ₂	36 ⁵ / ₈
Kupfer:				
Anaconda	140	9 ¹ / ₄	8 ³ / ₄	12 ³ / ₈
Elektrizität:				
General Electric	100 ³ / ₄	22 ⁷ / ₈	17 ³ / ₄	26 ¹ / ₈
Westinghouse	295 ⁵ / ₈	22 ¹ / ₈	19 ⁷ / ₈	35 ⁷ / ₈
Radio	114 ³ / ₄	5 ¹ / ₂	5 ¹ / ₄	10 ⁵ / ₈
Chemie:				
Allied Chemical	354 ³ / ₄	64	62 ¹ / ₄	87 ¹ / ₂
Du Pont	231	50	46 ¹ / ₈	59 ³ / ₄
Photographische Artikel:				
Eastman Kodak	264 ³ / ₄	77	68 ¹ / ₂	87 ³ / ₈
Auto:				
General Motors	91 ³ / ₄	21 ³ / ₈	19 ¹ / ₂	24 ³ / ₈
Auburn	514	84 ¹ / ₂	91 ¹ / ₂	151 ³ / ₄
Telefon:				
American Tel. & Tel.	310 ¹ / ₄	112 ¹ / ₈	107 ³ / ₄	137 ³ / ₈

U.S.A.

Börsensitze: Gleichzeitig mit den Aktien sind auch die Börsensitze im Preis gefallen. Neuerdings wurden für einen Sitz an der Börse, der zum Verkauf stand, nur 78 000 Dollar bezahlt. Der Höchstpreis für einen Sitz wurde am 23. Januar 1929 bezahlt: 625 000 Dollar. — Das Geschäft des Börsenmaklers bringt also anscheinend immer noch etwas ein!

FRANKREICH

Arbeitslosenziffer: Die französische amtliche Arbeitslosenstatistik, die längst nicht alle Arbeitslosen erfaßt, verzeichnet Anfang April 303 000 Arbeitslose in Paris gegenüber 305 500 in der Vorwoche. Auch in der Provinz wurde eine Abnahme festgestellt: 144 500 gegenüber 146 000 in der Vorwoche.

DEUTSCHLAND

Umzugs-Konjunktur in Berlin: Infolge der Umzüge zum 1. April ist das gesamte Außenpersonal der Bewag in Tätigkeit gesetzt, um die Umschreibungen von Stromzählern, sowie Neuanträge vorzunehmen. Die Ziffer der hierfür vorliegenden Anträge schwankt zwischen 18 000 und 20 000.

Bei den Telegraphenbauämtern und Fernsprechämtern ist ebenfalls Hochbetrieb. Denn Zehntausende von Fernsprechan schlüssen müssen umgelegt werden.

Sparkassen: Spareinlagen Ende Januar 9 887 Mill. Mark
Zugang im Februar: echte Neueinzahlungen 437 „ „
Zinsgutschriften 109 „ „
Aufwertungsgutschriften 53 „ „

10 486 Mill. Mark
Auszahlungen im Februar 497 „ „
Spareinlagen Ende Februar 9 989 Mill. Mark

Die Auszahlungen sind abermals größer als die echten Neueinzahlungen; sie liegen aber verhältnismäßig wenig über den Februar-Auszahlungen in den Vorjahren (1931: 453 Millionen Mark, 1930: 446 Millionen Mark).

ADAM OPEL AG (Rüsselsheim): Der Autoabsatz war 1931 der Stückzahl nach höher als im Vorjahr, auch wertmäßig hat er sich fast behauptet. Die Firma steigerte ihren Anteil am deutschen Autoabsatz 1931 auf 28 Prozent, im laufenden Jahr inzwischen auf 35 Prozent. 1931 entfielen 64 Prozent des deutschen Autoexports auf die Firma OPEL, in den ersten Monaten 1932 sogar 91 Prozent. Von der heutigen Produktion der Firma OPEL wird die Hälfte ausgeführt.

Metallgesellschaft AG (Frankfurt a. M.): Die Gesellschaft setzt ihr Grundkapital um 30,6 Millionen Mark auf 38,4 Millionen Mark herab, teils durch Einziehung von 5 Millionen Mark eigenen Aktien, teils durch Herabsetzung des übrigen Kapitals im Verhältnis 5 : 3.

Ungenügender Preisabbau: Nach einer Denkschrift, die der Deutsche Industrie- und Handelstag über „Post und Eisenbahn“ verfaßt hat, betragen die Gebühren bei der Reichspost 221 Prozent von 1913 und die Gebühren bei der Reichsbahn 125 Prozent von 1913.